

GÜNTER J. TRITTEL

HANS SCHLANGE-SCHÖNINGEN  
EIN VERGESSENER POLITIKER DER „ERSTEN STUNDE“\*

„Ich habe vier Jahre die deutsche Agrarpolitik geleitet, und ich bin stolz darauf, stets den Armen geholfen zu haben. Jede unsoziale Politik ruiniert das Vertrauen zur Demokratie, bereitet dem Faschismus den Weg und zerstört den lebendigen Kontakt zu jenen Volkskreisen, denen zu dienen unsere Pflicht als wirkliche Wegbereiter des Fortschritts ist...“<sup>1</sup>

Bekenntnisse eines erstaunlichen Mannes – Hans Schlange-Schöningens –, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite verantwortlich für den „Kampf gegen den Hunger“ gewesen ist: als Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft in der Britischen Zone (1946/47), als stellvertretender Direktor des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats bzw. des bizonalen Verwaltungsrats für Ernährung und Landwirtschaft (1946/47) und schließlich als Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1947–1949); ein Politiker, der in den unmittelbaren Nachkriegsjahren – der vorrangigen Bedeutung der „Magenfrage“ entsprechend – wie wenig andere im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen stand. Schlange galt den meisten seiner Zeitgenossen als „Hungerdiktator“ und erweist sich im Rückblick als bedeutender Politiker der deutschen Nachkriegszeit, dessen etwas pathetische Selbsteinschätzung seines Anteils an der Krisenüberwindung doch das trifft, wofür er gearbeitet, und einiges von dem andeutet, was er geleistet hat. In einem merkwürdigen Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß Schlange bis heute von der Forschung weitgehend unbeachtet geblieben ist, ja, daß sein Name sogar in parteioffiziösen Darstellungen der CDU-Geschichte praktisch nicht erwähnt wird<sup>2</sup>.

Hans Schlange-Schöningens weckt als eine politische Hauptfigur dieser Jahre insbesondere auch deshalb Interesse, weil die Weimarer Karriere des 1886 auf dem 750 ha großen Familiengut Schöningens bei Stettin geborenen Politikers eher das Ur-

\* Die nachstehenden Ausführungen entstanden im Zusammenhang mit Forschungen innerhalb eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekts am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen (Lehrstuhl Prof. H. Grebing).

<sup>1</sup> Interview Schlanges mit dem Rhein-Echo, Düsseldorf, 17.9. 1949 (HStA Düsseldorf, NW 22, Nr. 220, fol. 32).

<sup>2</sup> Vgl. Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hrsg.), Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien 1981.

Bislang einzige monographische Skizze über den Agrarpolitiker Schlange: Hans Muth, Hans Schlange-Schöningens (1886–1960), in: Günther Franz/Heinz Haushofer, Große Landwirte, Frankfurt 1970, S. 394–417.

teil der Linksparteien, die in ihm auch noch 1945 den „Junker“ und „Reaktionär“ sahen, zu bestätigen schien als seine Selbsteinschätzung eines für den sozialen Ausgleich arbeitenden bürgerlichen Demokraten. Es ist hier nicht der Ort, die Wurzeln und die Entwicklung seines politischen Denkens zu analysieren; um aber wenigstens das grobe Bild des ernährungspolitischen Krisenmanagers etwas schärfer zu konturieren, muß doch einiges von dem, was seine politischen Grundsätze und die durch sie bedingten agrarpolitischen Zielvorstellungen prägte, angedeutet werden.

### (I) Grundzüge der politischen Biographie

Als Schlange Anfang Mai 1945 – wie zahlreiche andere pommersche Großgrundbesitzer auch – mit seiner Familie vor den herannahenden Russen ins schleswig-holsteinische Lütjenburg (Kreis Plön) geflohen war, bedeutete das nicht nur rein geographisch das vorläufige Ende eines wechselvollen Weges<sup>3</sup>. Hans Schlange-Schöningen, Sohn eines renommierten pommerschen Landwirts, wächst in einem „typischen pommerschen Großgrundbesitz“ auf, einem Milieu, das patriarchalisch geprägt ist, in dem die politischen Einstellungen seit Generationen konservativ und „monarchistisch bis in die Knochen“ gewesen waren, „beides beruhend auf einem starken religiösen Untergrund“. Der Absolvent eines humanistischen Gymnasiums wird 1906 Offizier im Jäger-Regiment zu Pferde No. 2 in Langensalza (Thüringen), nimmt dann aber 1909 aus „gesundheitlichen“ Gründen, tatsächlich aber, weil seine Neigung zur Landwirtschaft größer war und sein politisches Interesse erwachte, seinen Abschied. Nach praktischer und theoretischer Ausbildung zum Landwirt wird er 1914 als Offizier eingezogen, entschlossen, „mit Begeisterung in der Verteidigung meines Vaterlandes meine Pflicht zu tun“<sup>4</sup>. Auf fast allen Kriegsschauplätzen, zunächst als (dreimal verwundeter) Frontsoldat, dann in immer höheren Stäben, zuletzt als Rittmeister, eingesetzt, bedeutet für ihn das Jahr 1918 wie für die meisten Angehörigen seiner Klasse ein „Schlüsselerlebnis“; der politische Zusammenbruch löst einen persönlichen aus<sup>5</sup>. Nach Kriegsende übernimmt er von seinem Vater das Gut Schöningen – „mit 44 Pferden und einem Dampfpflug“ –, das er in den folgenden Jahren trotz schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen zu einem international be-

<sup>3</sup> Die nachfolgenden biographischen Daten entstammen dem Schlange-Nachlaß im Bundesarchiv (Koblenz), ergänzt durch einige freundlicherweise durch Schlanges Sohn, Herrn Dr. E.-S. Schlange-Schöningen, erteilte Informationen.

<sup>4</sup> Zitate aus Schlanges autobiographischem Abriss „Jugenderinnerungen“ (BA, NL Schlange, Nr. 1) bzw. aus dem von ihm im Zusammenhang mit der englischen Buchveröffentlichung von „Am Tage danach“ erstellten Lebenslauf (BA Z 6 I/231, unfol.).

<sup>5</sup> In den Jugenderinnerungen heißt es: „Die Nachricht von dem Übertritt des Kaisers nach Holland, von der Revolution in Kiel und Berlin, und schließlich von der deutschen Kapitulation traf mich wirklich wie ein Blitzschlag. Als ich [im Lazarett] Teile der Ersatzschwadron an meinem Fenster vorbei hinter einer roten Fahne durch die Straßen marschieren sah, bin ich – meiner Erinnerung nach zum ersten Mal – ohnmächtig zusammengebrochen“ (S. 15).

kannten Musterbetrieb ausbaut, was ihm 1931 den landwirtschaftlichen Ehrendoktor einbringt.

Seiner politischen Leidenschaft geht er bald in der Deutschnationalen Volkspartei nach, „die dem Milieu des konservativen Pommern am ehesten entsprach“<sup>6</sup>: ab 1920 als Abgeordneter im Preußischen Landtag, seit 1924 zugleich auch im Reichstag und als Vorsitzender des Landesverbandes Pommern. Bis 1926/27 zeigt er sich als radikaler Konservativer mit starker völkisch-alldeutscher Orientierung. Wie viele andere Standesgenossen versucht er, die Kriegsniederlage von 1918, „den größten politischen Niederbruch der Weltgeschichte“<sup>7</sup>, und die dadurch ausgelöste politische Identitätskrise durch eine „Flucht in die Irrationalität“<sup>8</sup> zu kompensieren: „Wir sind nicht zugrundegegangen, weil der alte Staat, der uns in jahrhundertlangem Aufstieg zu Ruhm und Größe führte, morsch geworden war . . ., sondern weil er von dunklen Kräften künstlich morsch gemacht worden war.“<sup>9</sup> Schlanges und seiner politischen Freunde antidemokratischer Kampf gilt somit dem Judentum und den angeblich von ihm beherrschten Linksparteien der Republik<sup>10</sup>. Der leidvollen politischen Gegenwart, dem „materialistischen Knechtsstaat der Raffenden“, stellt Schlange in zahlreichen Parlamentsreden den am Bismarck-Staat orientierten „idealistischen Freiheitsstaat der Schaffenden“<sup>11</sup> gegenüber. Das „reaktionäre“ Ziel lautet demzufolge: „Wir wollen die Reaktion von der gegenwärtigen Verkommenheit zu der alten Reinheit und Anständigkeit.“<sup>12</sup> Das bedeutet aber nicht nur Beseitigung der „verjudeten Republik“ und Wiederherstellung einer monarchischen Ordnung sowie die Befreiung von den „Fesseln von Versailles“, dieses Programm ist letztlich auf jene außenpolitischen Ziele gerichtet, die im Weltkrieg nicht erreicht werden konnten: die Schaffung eines deutschen Weltreiches, „das alles in sich vereint, was in Mitteleuropa deutschen Stammes ist“<sup>13</sup>. Um zu diesen Zielen zu gelangen, fordert Schlange, inzwischen von Hugenberg protegiert<sup>14</sup>, den unbedingten „Willen zur Macht“, der allerdings – „so wenig sympathisch uns der parlamentarische Weg ist!“<sup>15</sup> – nur im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung durchzusetzen sei. Die Einheit aller Völkischen auf der Grundlage des „Fronterlebnisses“ und die Mobilisierung der deutschen Jugend<sup>16</sup> sol-

<sup>6</sup> Lebenslauf, S. 1.

<sup>7</sup> Disposition zur Rede auf dem Königsberger DNVP-Parteitag 1927 (BA NL Schlange, Nr. 40, fol. 36).

<sup>8</sup> Vgl. Annelise Thimme, *Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918*, Göttingen 1969.

<sup>9</sup> „Völkisch und vaterländisch. Die D. N. V. P. an die deutsche Jugend“. Rede auf dem außerordentlichen Reichsparteitag in Hamburg, 1. 4. 1924, Berlin 1924, S. 2.

<sup>10</sup> So u. a. in „Wir Völkischen!“, Rede in Stettin 1924, Berlin 1924, S. 4 f.

<sup>11</sup> Wie Anm. 9, S. 6.

<sup>12</sup> *Preußengeist gegen Barmatgeist*. Landtagsrede am 19. 2. 1925, Berlin 1925, S. 15.

<sup>13</sup> Wie Anm. 9, S. 5 f.

<sup>14</sup> Vgl. Heidrun Holzbach, *Das „System Hugenberg“*. Die Organisation der bürgerlichen Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 133 f.

<sup>15</sup> Wie Anm. 10, S. 10–12.

<sup>16</sup> Wie Anm. 9, S. 10.

len schließlich den „Griff nach der Macht“ ermöglichen. Als die Reichstagswahlen von 1924 der DNVP zwar beträchtliche Mandatsgewinne, jedoch keine parlamentarischen Mehrheiten bringen, kommt es zum Konflikt über die einzuschlagende politische Strategie. Schlange distanziert sich von der Parteiführung, die bereits zu sehr an Legalitätsprinzipien orientiert sei, und stellt in einer unmißverständlichen Denkschrift klar: „Wir müssen den parlamentarischen Weg mißbrauchen, um in die Machtstellungen des Staates zu kommen mit der festen Absicht, eines Tages von diesen Machtstellungen aus das Parlament zu vernichten.“ Ziel bleibe „die Diktatur, von der man möglichst nur wenig sprechen soll, die man aber wollen muß“, um auf dieser Machtbasis „den inneren Aufbau der Staatsmacht und der Wehrhaftigkeit zu ermöglichen“<sup>17</sup>.

Läßt sich Schlange bis 1926 als ein typischer, reaktionär-aggressiver Konservativer charakterisieren, so erhält sein hermetisches Weltbild und politisches Wertesystem erste Risse, seit er – im März 1926 zu einem der Stellvertreter des Grafen Westarp in der Gesamtpartei aufgestiegen<sup>18</sup> – im Parlament die Regierungsbeteiligung der DNVP mitzutragen hat. Trotz beginnender Zweifel, ob die bislang von ihm vertretenen politischen Grundsätze, aufgrund derer Hugenberg innerhalb der Partei zunehmend an Anhang gewinnt, noch durchsetzbar und richtig seien, bekennt er sich auch im Sommer 1928 weiterhin zur Monarchie und zur Bismarck-Verfassung<sup>19</sup>; für ihn bleibt die Verfassung von Weimar ein „künstlicher und konstruierter, theoretisierender Notbehelf“<sup>20</sup>. Als es dann im Oktober 1928 bei der Kandidatur Hugenbergs für den Parteivorsitz zur innerparteilichen Zerreißprobe kommt, ist Schlange endgültig auf die „ausgleichsbemühte Linie“ des Grafen Westarp<sup>21</sup>, die auf Regierungsbeteiligung abzielt, eingeschwenkt; er lehnt es ab, einem Führungstriumvirat beizutreten<sup>22</sup>. Parallel zu dieser allmählichen Wandlung verliert Schlange seine politische Machtbasis in Pommern; bereits im Oktober 1928 steht sein Landesverband mehrheitlich hinter Hugenberg<sup>23</sup>, im April 1929 schließlich legt Schlange dessen Vorsitz nieder<sup>24</sup>. Der Bruch mit Hugenberg bedeutet jedoch keineswegs, daß Schlange 1928/29 bereits zum „Vernunftrepublikaner“ geworden ist. Auch in den folgenden Jahren wiederholt er seine scharfen Stellungnahmen gegen die SPD wie gegen die bürgerlichen Parteien, die vor allem die Belange der Landwirtschaft preisgaben<sup>25</sup>. Noch im März 1929

<sup>17</sup> Geheime Denkschrift Schlanges an Hugenberg, 19. 5. 1924 (BA NL Schlange, Nr. 19, S. 4 und S. 7).

<sup>18</sup> Manfred Dörr, *Die DNVP 1925–1928*, Marburg 1965, S. 219.

<sup>19</sup> Rede im Reichstag, 10. 7. 1928, *Verhandlungen*, IV. Wahlperiode, Bd. 423, 7. Sitzung, S. 131 f.

<sup>20</sup> *Ebenda*, S. 130.

<sup>21</sup> Holzbach, S. 217 f.

<sup>22</sup> Holzbach, S. 236 ff. und Passarge, *Tagebuch*, 21. 10. 1928 (BA NL Passarge, Nr. 1, fol. 53 ff.).

<sup>23</sup> Bereits im Sommer 1928 war es Schlanges Gegnern in Pommern gelungen, den Landesverbandsgeschäftsführer Karl Passarge, Schlanges engsten politischen Vertrauten, zum Rücktritt zu bewegen; Schlange selbst reagierte darauf mit seinem eigenen Rücktritt, ließ sich jedoch – nach erheblicher Ausweitung seiner Kompetenzen – noch einmal umstimmen (Passarge, *Tagebuch*, 30. 6. 1928, Nr. 1, fol. 33 ff.).

<sup>24</sup> Holzbach, S. 238, und Passarge, *Tagebuch*, 10. 4. 1929, Nr. 1, fol. 69 ff.

<sup>25</sup> Rede im Reichstag, 15. 3. 1929, *Verhandlungen*, IV. Wahlperiode, Bd. 424, 56. Sitzung, S. 1486.

erklärt er emphatisch: „Entweder geht das deutsche Volk zugrunde an der Unvernunft dieses Systems, oder dieses System geht zugrunde an der Vernunft des deutschen Volkes.“ Und an die Parteien der „Weimarer Koalition“ gewandt: „Wir wollen, daß dieses von Ihnen geschaffene, für Deutschland vernichtende, übertriebene parlamentarische System sterbe, damit Deutschland leben kann.“<sup>26</sup>

Die innere Ausrichtung der DNVP auf die radikale Opposition Hugenberg verläuft in diesen Monaten derart konsequent, daß sich Schlange Ende 1929 auf dem „linken“ Flügel wiederfindet. Ende November/Anfang Dezember 1929 bricht bei der Abstimmung über das „Freiheitsgesetz“ (Volksbegehren gegen den Young-Plan) die Reichstagsfraktion auseinander: Zusammen mit elf weiteren Abgeordneten verläßt Schlange am 4. Dezember 1929 die Fraktion und tritt am 26. Januar 1930 aus der DNVP aus<sup>27</sup>. Zugleich wird damit eine schmerzhaft lösende Auswanderung aus dem angestammten und vertrauten Sozialmilieu des pommerschen Großgrundbesitzes eingeleitet, die in den folgenden Jahren im völligen Bruch mit den meisten seiner Standesgenossen, mit ihrem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Boykott endet<sup>28</sup>.

Seine politische Aktivität der Jahre 1930/31 ist nun gänzlich von der Überzeugung geprägt, sich in die vorhandene politische Ordnung integrieren zu müssen, um sie von innen heraus nach seinem Konservatismusverständnis zu wandeln<sup>29</sup>. In seiner konkreten politischen Arbeit geht es Schlange um zweierlei: um den Versuch, eine neue Sammlungsbewegung der bürgerlichen Mitte als außerparlamentarische „Hilfstruppe“ für das zunehmend autoritärer regierende Brüning-Kabinett<sup>30</sup> aufzubauen, und um eine sofortige einschneidende Hilfe für die krisengebeutelte Landwirtschaft, insbesondere in den Ostgebieten. Schlange gehört zunächst sowohl der „Volkskonservativen Vereinigung“ wie der „Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei“ an, die im Reichstag zusammen mit dem „Christlich-Nationalen Volksdienst“ eine Fraktionsgemeinschaft bildet, einer Gruppierung also, die seit Frühjahr 1930 die Regierung Brüning unterstützt, sich in den Septemberwahlen 1930 jedoch als politisch nicht lebensfähig erweist<sup>31</sup>. Im Herbst 1930 ist Schlange auf seinem politischen Weg zur republikanischen Mitte ein weiteres Stück vorangekommen: Während er im Frühjahr noch die vorbehaltlose Unterstützung Brünings und seines Ernährungsministers Schiele, des Reichslandbund-Präsidenten, mit heftigen Angriffen auf die SPD

<sup>26</sup> Ebenda, S. 1488.

<sup>27</sup> Erasmus Jonas, *Die Volkskonservativen 1928–1933*, Düsseldorf 1965, S. 54 ff.

<sup>28</sup> Lebenslauf, S. 2.

<sup>29</sup> In der Berliner Börsen-Zeitung, 1. 1. 1930, schreibt Schlange: „Entweder geht Ihr hinein in dieses System, um es mit Eurem Geist zu durchdringen, oder Ihr werdet neben diesem System zu Grunde gehen“ (BA NL Schlange, Nr. 40).

<sup>30</sup> Seit Sommer 1931 betonte Schlange mehrfach, daß die „jetzigen Parteien überlebt“ seien (u. a. BA NL Passarge, Nr. 6, fol. 13 ff.).

<sup>31</sup> Vgl. vor allem Larry Eugene Jones, *Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933*, in: VfZ 25 (1977), S. 265–304.



verknüpft<sup>32</sup>, beginnt er sich im Sommer 1930 erkennbar von der VKV abzuwenden<sup>33</sup>, die inzwischen auch eine Unterstützung der NSDAP zwecks Ausschaltung der SPD nicht mehr ausschloß, und erste Kontakte mit führenden Sozialdemokraten aufzunehmen (so u. a. mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun, dem preußischen Innenminister Severing und dem Landeshauptmann der Provinz Posen-Westpreußen Caspary). Sein „Bekanntnis zum modernen Republikanismus, zur geläuterten Demokratie“<sup>34</sup> bedeutet aber nach wie vor keine Akzeptanz der Weimarer Verfassung, es meint eine Konzeption, die darauf gerichtet ist, zusammen mit allen „staatserhaltenden Parteien“, unter Einschluß der SPD, die Regierung Brüning gegen die Bedrohung von Links und Rechts<sup>35</sup> zu stützen und auf diese Weise die bestehende Verfassung im Sinne einer konsequenten Stärkung der Staatsautorität „organisch weiterzuentwickeln“<sup>36</sup>. Nur diese „Front der Vernünftigen“, so Schlanges inzwischen feste Überzeugung, werde in der Lage sein, der immer bedrohlicheren Wirtschaftskrise zu begegnen. Deren Kern, seiner Auffassung nach die Agrarkrise, könne aber nicht nur auf dem Wege einer umfassenden Entschuldung (Forderung der „absoluten Gerechtigkeit“ wie der „volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit“)<sup>37</sup>, sondern müsse vor allem durch strukturelle Veränderungen (Anpassung der deutschen Landwirtschaft nach einer kurzen zollgeschützten Regenerationsphase an die Bedürfnisse der Konsumenten, Regulierung der landwirtschaftlichen Märkte) angegangen werden<sup>38</sup>. Schlanges parlamentarische Unterstützung der Regierung Brüning wie seine wachsende öffentliche Reputation als Agrarexperte – am 14. Februar 1931 wird ihm die Ehrendoktorwürde der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule verliehen – führen ihn seit Februar 1931 in die Nähe der Regierungsverantwortung. Als er schließlich am 7. November 1931 als Reichskommissar für die Osthilfe und Reichsminister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett eintritt<sup>39</sup>, scheint ihm die Möglichkeit gegeben, seine inzwischen weiter konkretisierten agrarpolitischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Ihm geht es von Anfang an dabei nicht um eine kurzfristige Hilfsmaßnahme zugunsten der ostdeutschen Landwirtschaft oder gar des ostelbischen Großgrundbesitzes, vielmehr soll die revidierte Osthilfe zum Ausgangspunkt einer agrarpolitischen Wende werden. Da es sich bei der gegenwärtigen Agrarkrise um eine Strukturkrise handele, müsse eine Politik eingeleitet werden, „an deren Ende ein wirtschaftlich ge-

<sup>32</sup> Reden im Reichstag, 13. 3. 1930, Verhandlungen, IV. Wahlperiode, Bd. 427, 141. Sitzung, S. 4445 ff. und 2. 4. 1930, ebenda, 153. Sitzung, S. 4754 ff.

<sup>33</sup> BA NL Passarge, Nr. 4, fol. 93 ff.

<sup>34</sup> So das Urteil Passarges über Schlanges Veröffentlichung „Völker und Führer“, Berlin 1930 (ebenda, fol. 93).

<sup>35</sup> Rede im Reichstag, 26. 2. 1931, Verhandlungen, V. Wahlperiode, Bd. 445, 33. Sitzung, S. 1241 f.

<sup>36</sup> Rede im Reichstag, 6. 6. 1931, Verhandlungen, V. Wahlperiode, Bd. 445, 38. Sitzung, S. 1430.

<sup>37</sup> Rede im Reichstag, 25. 6. 1930, IV. Wahlperiode, Bd. 428, 183. Sitzung, S. 5801.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 5802, und Rede im Reichstag, 26. 2. 1931, wie Anm. 35, S. 1245.

<sup>39</sup> Die Ernennung erfolgte am 7., die Amtsübernahme am 9. November 1931 (Schlange, Am Tage danach, Hamburg 1946, S. 53). Die Forderung nach Kabinettsrang begründete Schlange gegenüber Brüning u. a. damit, daß die von ihm beabsichtigte radikale Agrarpolitik im Osten erkennbar in die Gesamtpolitik der Regierung, die er mitverantworten wolle, eingebunden sein müsse.

kräftigster, nationalpolitisch gefestigter, bevölkerungspolitisch ausgeglichener deutscher Osten“ stehe<sup>40</sup>. Mit anderen Worten strebt Schlange letztlich eine Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft zugunsten einer Stärkung des mittelbäuerlichen Elements bei gleichzeitiger Förderung der Kleinsiedlung an; geholfen werden soll nur jenem Teil des Großbesitzes, der noch lebensfähig und rentabel scheint, während der auf mindestens 500 000 ha geschätzte nicht entschuldungsfähige Grundbesitz<sup>41</sup> vornehmlich durch arbeitslose Industriearbeiter und Landarbeiter aufgesiedelt werden soll. Konsequenterweise<sup>42</sup> beschreitet er mit den zwischen November 1931 und Februar 1932 erlassenen Notverordnungen<sup>43</sup> zunächst einen Weg, auf dem durch Sofortmaßnahmen versucht wird, die vor dem Zusammenbruch stehenden – vorwiegend größeren – Betriebe in ihrer Substanz zu retten und mittels umfassender Umschuldungsmaßnahmen produktionsfähig zu erhalten, nicht zuletzt um die Ernährung der deutschen Bevölkerung im Winter 1931/32 nicht zu gefährden. Mit diesen Sofortmaßnahmen hofft er, die Grundlage für die Verwirklichung weiterreichender Ziele zu schaffen. In einer Rundfunkrede vom 5. 12. 1931 heißt es: „Es handelt sich nicht darum, im Osten einige mehr oder weniger zweifelhafte und unfähige Existenzen auf der Scholle zu halten . . ., es handelt sich nicht um Großbesitz oder Kleinbesitz, sondern um das Leben oder Sterben eines Landes, das dies Volk ohne Raum weder wirtschaftlich noch bevölkerungspolitisch noch auch nationalpolitisch entbehren kann.“<sup>44</sup> Die wachsende innenpolitische Radikalisierung im Frühjahr 1932 bewegt Schlange Mitte Mai dazu, Brüning selbst seines innenpolitischen Immobilismus wegen zu kritisieren und einen Vorstoß zur Inangriffnahme eines umfassenden wirtschafts- und sozialpolitischen Aufbauprogramms zu unternehmen, in dem der Siedlungspolitik im Osten, um die es seit Februar heftige Kompetenzstreitigkeiten mit dem Arbeitsministerium gegeben hat<sup>45</sup>, eine Schlüsselfunktion zugeordnet ist; die Siedlung dürfe nämlich nicht bloße Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bleiben, sondern

<sup>40</sup> Pressekonferenz Schlanges, 17. 11. 1931, S. 2 (BA NL Schlange, Nr. 20, fol. 16).

<sup>41</sup> Die Kabinettsvorlage des Arbeitsministers Stegerwald vom 20. 4. 1932 ging davon aus, daß auf rd. 500 000 ha nicht mehr sanierungsfähigem Grundbesitz für 180 Mio RM 36 000 neue Siedlungen errichtet werden könnten (BA R 43 I/1289).

Schlange selbst sprach davon, daß der ostdeutsche Grundbesitz insgesamt mit 1,96 Mrd. RM (davon 610 000 ha mit über 150% und 1,2 Mio ha mit über 100% des Einheitswertes) verschuldet gewesen sei (Am Tage danach, S. 51).

<sup>42</sup> Schlanges Äußerungen u. a. am 11. 5. 1932 im Reichstag (Verhandlungen, V. Wahlperiode, Bd. 446, 63. Sitzung, S. 2616 ff.) zeigen, daß er keineswegs – wie Heinrich Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für H. Brüning, hrsg. von F. Hermens/Th. Schieder, Berlin 1967, S. 326 behauptet – aus taktischen, sondern aus inhaltlich-konzeptionellen Gründen die Entschuldung vor die Siedlung stellte.

<sup>43</sup> Insbesondere: Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 17. 11. 1931 (RGBl. 1931 I, S. 675) und Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 5. 2. 1932 (RGBl. 1932 I, S. 59).

<sup>44</sup> Rundfunkrede Schlanges, 5. 12. 1931 (BA NL Schlange, Nr. 20, fol. 30).

<sup>45</sup> Vgl. Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 541 ff.

müsse zum „Ausgangspunkt der deutschen Agrarreform“<sup>46</sup> werden. Obwohl seine Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Erfolglosigkeit des Kabinetts und über die Ressortstreitigkeiten wie auch eigener Ehrgeiz Schlange seit Mitte Mai 1932 dazu drängen, ein vorzeitiges Ausscheiden aus der Regierung zu erwägen<sup>47</sup>, bewahrt er schließlich doch seine Loyalität zu Brüning, dessen Stärkung auch sein Rücktrittsangebot vom 27. Mai 1932 an den Reichspräsidenten bezwecken soll<sup>48</sup>. Dieser Schritt bewirkt freilich eher das Gegenteil: Die forsche Initiative Schlanges schürt das durch namhafte Vertreter des ostelbischen Großgrundbesitzes bei Hindenburg gegenüber dem Reichskommissar („Agrarboltschewist“) geweckte Mißtrauen und trägt so in nicht unerheblichem, wenngleich schwer zu quantifizierendem Maße dazu bei, die Demission des Gesamtkabinetts am 30. Mai 1932 unabwendbar zu machen<sup>49</sup>.

Nach seiner Demission beteiligt sich Schlange, der im November 1932 in völliger Verkennung der politischen Realität eigene Kanzlerschaftsambitionen äußert<sup>50</sup>, weiterhin an den Bemühungen um eine politische Mobilisierung der bürgerlichen Mitte<sup>51</sup>, letztlich eine ohnmächtige Geste im Angesicht der von den Nationalsozialisten drohenden Gefahr, vor der er seit Herbst 1930 gewarnt hat. Obwohl Schlange schon 1932 eine Farm in Brasilien kauft, auf die er seinen zweiten Sohn schickt, „weil ich mir sagte, daß es mit Deutschland zuendeging“<sup>52</sup>, lehnt er es nach der „Machtergreifung“ trotz des Gefühls persönlicher Gefährdung entschieden ab, zu emigrieren<sup>53</sup>. Die folgenden Jahre betätigt er sich wieder als praktischer Landwirt auf Schöningen, das er weiter „amerikanisiert“; er legt sich Rechenschaft über die zurückliegenden politischen Ereignisse ab (Grundlage zu „Am Tage danach“)<sup>54</sup>, entgeht zufällig am 30. Juni 1934 den NS-Mordkommandos und nimmt während des Krieges Kontakt zu den Widerstandskreisen um Goerdeler und Moltke auf, denen näherzutreten ihm jedoch deren ihm reaktionär erscheinende Programmpositionen verbieten<sup>55</sup>. Obwohl er in Dokumenten der militärischen Verschwörer als Kabinettsmitglied figuriert, übersteht er den 20. Juli 1944 unbeschadet<sup>56</sup>.

Kaum daß Schlange, „arm, aber völlig ungebrochen“, im Frühjahr 1945 in Schleswig-Holstein eine vorläufige Bleibe gefunden hat, macht er sich daran, politische Beziehungen wiederaufzunehmen und nach Möglichkeiten zur Mitwirkung am politischen Aufbau Deutschlands zu suchen, über den er bereits während der Kriegsjahre

<sup>46</sup> Schlange an Brüning, 15. 5. 1932 (BA NL Schlange, Nr. 20, fol. 33 ff.).

Vgl. auch Wengst, S. 543 f., und Passarge, Tagebuch, 20. 5. 1932 (BA NL Passarge, Nr. 6, fol. 155).

<sup>47</sup> Passarge, fol. 153 f.

<sup>48</sup> Wengst, S. 548.

<sup>49</sup> Ebenda.

<sup>50</sup> Schlange an Passarge, 18. 11. 1932 (BA NL Passarge, Nr. 6, fol. 343 ff.). In diesem Schreiben war sogar eine Kabinettsliste enthalten.

<sup>51</sup> Wildermuth an Solf, 7. 1. 1933 (BA NL Solf, Nr. 90, fol. 208).

<sup>52</sup> Lebenslauf, S. 2.

<sup>53</sup> Schlange an Passarge, 5. 3. 1933 (BA NL Passarge, Nr. 7, fol. 125 f.).

<sup>54</sup> Schlange an Passarge, 13. 4. 1933 (ebenda, fol. 245 ff.).

<sup>55</sup> Am Tage danach, S. 193 f.

<sup>56</sup> Lebenslauf, S. 2.



intensiv nachgedacht hat. Von der Berechtigung und der Notwendigkeit seiner eigenen Mission restlos überzeugt, läßt er sich – fast ein Getriebener – von dem Motto leiten: „Wir haben keine Zeit, die Vergangenheit zu betrauern, wenn wir Deutschland noch einmal aufrichten wollen, und unserer Generation wird dabei eine wesentliche, ja entscheidende Aufgabe zufallen als der letzten, die noch über politische Erfahrungen verfügt.“<sup>57</sup>

Diese Überzeugung von seiner patriotischen Pflicht paart sich bei Schlange auch weiterhin mit einem ausgeprägten politischen Ehrgeiz, der sich nun um so dynamischer äußert, als er jahrelang von jenen verachteten Kräften zurückgedrängt worden ist, denen er schon vor 1933 die Schuld am Untergang des von ihm so sehr geliebten Deutschland vorgeworfen hat. So glaubt er sich jetzt berufen, für das „wirkliche Deutschland“<sup>58</sup> zu sprechen und zu handeln, um „über Schutt und Trümmer vorwärtszuschreiten, das Deutschland des Friedens aufzubauen!“<sup>59</sup>. Zugleich aber spürt er – wie seit Ende der zwanziger Jahre – einen biographisch verständlichen Drang, den Nachweis zu führen, kein „Junker“ und kein „Reaktionär“ mehr zu sein, sondern zu zeigen, daß „ein ostelbischer Großgrundbesitzer durchaus imstande ist, die neue Zeit mit einer wirklichen, anständigen Demokratie zu erfüllen“<sup>60</sup>.

Seiner Ansicht nach zeigen sich in der Herrschaft des Nationalsozialismus zwei, für den Verlauf der deutschen Geschichte seit dem Mittelalter konstitutive Elemente: die *Maßlosigkeit* im außenpolitischen Machtanspruch, sichtbar seit der „nach Weltbeherrschung drängenden mittelalterlichen Kaiserzeit“<sup>61</sup> bis zum Nationalsozialismus, und die in erster Linie von Preußen *verschuldete Unfähigkeit des deutschen Volkes zur Selbstregierung*:

„Jahrhunderte haben die Deutschen das Maß der Dinge nicht zu lehren vermocht. Nie hat dies sonst so begabte und fleißige Volk das Kindheitsstadium der Politik überschritten; es ist immer enthusiastisch geblieben, im guten wie im schlechten Sinne. Daher das Unausgeglichenere, daher der unaufhörliche Wellengang von Höhepunkten zur Katastrophe.“<sup>62</sup>

Erst die Weimarer Republik, die Schlange ja selbst bis 1927 so grundsätzlich und voller Haß bekämpft hatte, sei das „Geschenk der freien Selbstregierung“ gewesen, mit dem das deutsche Volk freilich nichts anfangen können. Aber gerade weil 1918 *keine* Revolution stattgefunden habe, sei hier immerhin ein System entstanden, in dem der „Bestand des Reiches gesichert“, „die innere Ordnung . . . wiederhergestellt“ und „ein vernünftiger sozialer Aufbau . . . ermöglicht“ worden sei<sup>63</sup>. Gescheitert sei die Republik jedoch an der politischen Unreife der Deutschen, die sich in „Parteien-

<sup>57</sup> Brief an seinen ehemaligen demokratischen Kabinettskollegen Hermann Dietrich, o. D. (Novb. 1945) (BA NL Dietrich, Nr. 534, fol. 65).

<sup>58</sup> Ebenda, fol. 66.

<sup>59</sup> Am Tage danach, S. 206.

<sup>60</sup> Schlange an Severing, 2. 3. 1946 (BA Z 6 I/1, fol. 19).

<sup>61</sup> Schlange, Rundbrief, 4. 12. 1945 (BA NL Schlange, Nr. 21, S. 20).

<sup>62</sup> Am Tage danach, S. 10.

<sup>63</sup> Ebenda, S. 20.

demagogie“, im „Kampf der Interessentenhaufen“ und in der fehlenden Autorität der Regierungen geäußert habe:

„Alles führt zu dem Schluß, daß es nicht am System, sondern an der geistigen und seelischen Struktur der Menschen lag.“<sup>64</sup>

Der – fragwürdige – Versuch, die Entwicklung zum Nationalsozialismus aus der Besonderheit eines „deutschen Nationalcharakters“ zu erklären, wird ergänzt durch einen typisch konservativen Deutungsansatz, in dem die beklagte „Maßstabslosigkeit“ eine religiös-moralische Dimension erhält:

„... die letzte und tiefste Ursache des deutschen Zusammenbruchs (liegt) im Abfall des deutschen Volkes von Gott ... Weil das deutsche Volk sich ... einer hemmungslosen Menschenvergottung zuwandte, wurde ihm das Fundament entzogen, auf dem allein ein Mensch und ein Volk zu stehen und zu leben vermag. Solche Völker verlieren einfach den Maßstab, an dem die Gültigkeit menschlicher Sitten- und Rechtsgrundsätze zu messen ist. Und so nahm die maßstabslos gewordene deutsche Seele schließlich Judenprograme (sic!), Irrenmord, Konzentrationslager, Rechtlosigkeit, Willkür, Vertragsbruch und dergleichen mit widerspruchsloser Gleichgültigkeit hin. Sie hatte verlernt, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, weil sie die Gebote Gottes verlernt hatte und weil darum ein anderes, teuflisches Wertesystem in das entstandene Vakuum gepreßt werden konnte.“<sup>65</sup>

Die „deutsche Seele“ aber, „aus deren gesammelter Stille allein wirklich deutsche Kultur erstehen“ könne, sei von den Nazis im „Strudel der Vermassung“<sup>66</sup> getötet worden.

Aus dieser unsystematisch entwickelten und von Rudimenten konservativen Denkens durchsetzten Geschichtssicht, in der die am Maßstab christlicher Ethik gewonnenen Urteile in diffuser Irrationalität verbleiben, aus der bemerkenswerterweise alle sozialen und ökonomischen Ursachenkomplexe eliminiert sind und in der der Nationalsozialismus auf ein „typisch deutsches“, individuelles, moralisch begründetes Versagen zurückgeführt wird, leitet Schlange jene politischen Grundsätze her, die seine Arbeit nach 1945 bestimmen sollen. Auch jetzt ist nicht von der Veränderung sozio-ökonomischer Strukturen für den Aufbau einer stabileren politischen Ordnung die Rede, sondern fast ausschließlich von den Konstruktionsmerkmalen des künftigen Staates und von der Notwendigkeit eines moralischen Wandels seiner Träger. Da man mit einem Volk, dessen „Seele“ von den Nazis korrumpiert worden sei, „kein neues Vaterland“ aufbauen könne, sei die fundamentale Voraussetzung:

„Seine todkranke Seele muß zuvor genesen und sie kann nur genesen, wenn sie durch die erschütternde deutsche Katastrophe geläutert den Weg zu Gott zurückfindet. Auf diesem Weg kann nur die christliche Kirche Führerin sein. Sie muß das Fundament des christlichen Ethos wieder fest im deutschen Volke gründen, auf dem allein der Wiederaufbau eines freien und freiheitlichen deutschen Rechtsstaates begonnen und durchgeführt werden kann.“<sup>67</sup>

<sup>64</sup> Ebenda, S. 21.

<sup>65</sup> Schlange, Rundbrief, 31. 10. 1945 (BA NL Schlange, Nr. 21, S. 4).

<sup>66</sup> Am Tage danach, S. 11.

<sup>67</sup> Rundbrief, 31. 10. 1945, S. 4.

Nur durch die Einleitung eines derartigen Erziehungs- und Reifungsprozesses könne in Deutschland ein „demokratischer“ Staat aufgebaut werden, der „konservativ“ – in einem für Schlange spezifischen, pragmatischen Politikverständnis – sein soll:

„Was ist da heute konservativ? . . . Konservativ ist: Nüchterne Beurteilung der Lage auf Grund der realen Tatsachen, im Gegensatz zu optimistischen Wunschträumen und pessimistischer Resignation.

Konservativ ist: Kühle, verantwortungsbewußte Abwägung der Konsequenzen im Gegensatz zu jeder Art von politischem Radikalismus, woher er auch komme.

Konservativ ist: Organischer Aufbau aus den gegebenen Verhältnissen im Gegensatz zu unorganischen Experimenten aus politischen Klassen-, Rassen- und Völkerhaß-Instinkten.“<sup>68</sup>

Diese wenig konzise „Begriffsklärung“ verweist auf die Notwendigkeit eines umfassenden Pragmatismus, der sich hier insofern als restaurativ und rückwärtsgewandt zu erkennen gibt, als er trotz seiner wiederholt geäußerten antikapitalistischen Einstellung<sup>69</sup> eine unverhüllte Absage an radikale ökonomische und soziale Strukturreformen enthält; *was* jedoch ein derartiger Konservatismus zu bewahren habe, bleibt weitgehend im Dunkeln.

Etwas genauer umrissen ist Schlanges Verständnis von „Demokratie“, als der einzig möglichen Konsequenz aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft:

„Darum bin ich als Patriot aus vollster Überzeugung Demokrat geworden: ich will nicht noch einmal mein Vaterland in die Gefahr kommen lassen, von einer Einzelperson in neues Blutvergießen geschleppt zu werden. Und wenn die Demokratie sonst nur Nachteile hätte, den einen Vorteil hat sie jedenfalls, daß die öffentliche Willenskundgebung des ganzen Volkes das stärkste Hemmnis kriegerischer Experimente ist.“<sup>70</sup>

Allerdings komme es darauf an, daß die Sieger den Deutschen keine ihnen wesensfremde Form der Demokratie oktroyieren; man müsse „die deutsche Form der Demokratie“ finden:

„Was ist Demokratie? . . . Freie Meinungsäußerung; selbstgezügelter Freiheit; Mitarbeit aller am Staat; öffentliche Kritik; Regierung durch das Volk für das Volk . . . Deutsche Demokratie ist kontrollierte Führung. Denn in diesen beiden Worten: Kontrolle und Führung, dürfte die einzige, aber auch sichere Garantie des Funktionierens unseres künftigen Systems zu finden sein; alle Möglichkeiten der Beaufsichtigung der Regierung durch die Öffentlichkeit, alle Möglichkeiten entschlossener, auf lange Frist disponierender Führung durch die Regierung müssen gegeben sein.“<sup>71</sup>

<sup>68</sup> Rundbrief, 24. 11. 1945, S. 18

In seinen Erinnerungen schreibt er – ein Beleg für eine gewisse Kontinuität seines Denkansatzes –: „Alle Lebewesen entwickeln sich organisch, ob es sich um Pflanzen, Tiere oder Völker handelt. Konservativ sein heißt darum: organische Vorwärtsentwicklung aus den Naturgegebenheiten wollen“ (Am Tage danach, S. 22).

<sup>69</sup> Schlange an Brüning, wie Anm. 46.

<sup>70</sup> Rundbrief, 4. 12. 1945, S. 19.

<sup>71</sup> Ebenda, S. 19 f.

Diese Aussagen weisen auf das von Schlange in anderen Zusammenhängen häufig zitierte Vorbild Großbritanniens als eines liberalen Rechtsstaates, dessen Funktionsfähigkeit durch den Ausgleich zwischen einer handlungsfähigen, von Eliten getragenen Staatsführung und einer kritischen Öffentlichkeit hergestellt wird, einer Ordnung, deren Grundlage „christlicher Personalismus“, Absage an jeglichen Materialismus und „Freiheit der Persönlichkeit“ seien<sup>72</sup>.

In diesem Zusammenhang fordert Schlange eine Stabilisierung der politischen Struktur u. a. durch ein kombiniertes Persönlichkeits- und Verhältniswahlrecht und – zur Stärkung der Regierung – durch eine Art „konstruktives Mißtrauensvotum“<sup>73</sup>.

Schlange selbst faßt sein Bekenntnis zum liberalen Rechtsstaat so zusammen:

„Wir wollen Gerechtigkeit gegenüber allen Rassen und Klassen. Wir wollen den wahrhaft sozialen Staat, der den Schwachen durch Gesetze schützt, aber der Masse nicht vortäuscht, Deutschland sei ein Kraft-durch-Freude-Institut. Wir wollen den freien Staat, der sich nicht einmischt in Dinge, die nicht seine Sache sind, der nur dort eingreift, wo Willkür die Mitbürger schädigt. Wir wollen den geordneten Staat, in dem ehrenhafte Beamte wieder Diener und nicht Nutznießer des Volkes sind. Wir wollen den Kulturstaat, in dem die öffentliche Meinung in Wort und Schrift in selbstgezügelter Disziplin am Aufbau fördernd und kritisierend mitarbeiten kann und Kunst und Wissenschaft sich wieder frei entfalten. Wir wollen wieder den Staat schaffen, in dem die Freiheit des religiösen Bekenntnisses als Selbstverständlichkeit verankert ist, in dem die Kirchen nicht zu Sklavinnen einer politischen Doktrin erniedrigt werden, den Staat, in dem alles tragend, durchleuchtend und durchdringend, das christliche Sittengesetz die Deutschen wieder zurückführt aus der Barbarei der Konzentrationslager in das Lager der europäischen Kultur.“<sup>74</sup>

Ausgehend von diesen Grundüberzeugungen skizziert Schlange im Herbst 1945 ein politisches Programm, mit dem er bei ihm bekannten führenden Politikern der Weimarer Republik (u. a. Stegerwald, Dietrich, Severing, Struve, Schröter) um Mitarbeit beim Aufbau einer, von ihm in Schleswig-Holstein gegründeten *christlichen Sammelpartei* wirbt. Gegenüber Dietrich erläutert er sein Anliegen:

„Es handelt sich jetzt doch darum, allen alten, überlebten Parteiplunder in das nächste auffindbare Gewässer zu werfen, wo es am tiefsten ist, und eine Front der Vernünftigen zur Lösung der dringendsten Aufgaben herzustellen. Kein Kulturkampf, kein Klassenkampf! Wir werden diese Dinge jetzt überwinden oder nie.“<sup>75</sup>

Da Schlange neben der politischen die *konfessionelle* Zerrissenheit für eine wesentliche Ursache für das Scheitern von Weimar hält, fordert er auch: „Buchstäblich jetzt oder nie werden wir die deutsche Politik von dem unseligen konfessionellen Streit befreien.“<sup>76</sup> Allerdings will er als überzeugter Protestant und Kritiker des politischen

<sup>72</sup> Zur Herleitung dieser Grundziele einer „Rekonstituierung des wieder zu individuierenden Einzelnen“ aus den Begründungszusammenhängen konservativer Ideologie vgl. Helga Grebing, *Konservative gegen die Demokratie*, Frankfurt 1971, S. 429 u. ö.

<sup>73</sup> Rundbrief, 4. 12. 1945, S. 23 u. S. 25.

<sup>74</sup> Am Tage danach, S. 122.

<sup>75</sup> Schlange an Dietrich, wie Anm. 57, fol. 66.

<sup>76</sup> Rundbrief, 24. 11. 1945, S. 13.

Katholizismus durchaus noch nicht sofort die Verschmelzung mit jenen Gruppen der Union eingehen, von denen er sich zu diesem Zeitpunkt nicht sicher ist, ob sie sich wirklich vom alten ultramontanen Zentrum gelöst haben<sup>77</sup>. Deshalb soll zunächst eine Aufteilung zwischen der auf die überwiegend katholischen Gebiete verwiesenen CSU und einer in den protestantischen Gebieten vorherrschenden „Christlich-Demokratischen Aufbaupartei“ vorgenommen werden<sup>78</sup>. Eine konfessionelle Bindung der später zu verschmelzenden Gesamtpartei sei auf jeden Fall abzulehnen.

In Schlanges Konzept einer „christlichen Sammlungspartei“ ist zugleich das Ziel enthalten, die *politische* Zersplitterung von Weimar zu überwinden. Neben einer Kommunistischen Partei dürfe es nur noch die Sozialdemokratie und rechts von ihr die von ihm angestrebte große „christlich-konservative“ Integrationspartei geben<sup>79</sup>. Dabei meint er davon ausgehen zu können, daß sich die SPD von einer „Klassenkampfpartei“ fort zu einer staatstragenden Kraft wie die britische Labour Party entwickeln werde. Unter dieser Voraussetzung müßten beide große Parteien gegen die Kommunisten zusammengehen:

„Auch der Klassenkampf muß über Bord geworfen werden; überall predige ich das gute nachbarliche Verhältnis zur Sozialdemokratie, die sich augenscheinlich auch in einem entscheidenden Umwandlungsprozeß befindet. Manche Gegensätze werden bleiben: Freiheit der Persönlichkeit, der Wirtschaft etc. Aber . . . in dem kommenden Parlament werden wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen müssen, gegen die Kandidaten von rechts und links.“<sup>80</sup>

<sup>77</sup> Rundbrief, 31. 10. 1945, S. 2.

<sup>78</sup> Mitte November 1945 reiste Schlange nach Würzburg, wo er mit Adam Stegerwald, Gründer der CSU und Leitfigur eines „christlichen Sozialismus“, vereinbarte, daß er in Norddeutschland, Stegerwald in Süddeutschland die christliche Sammelpartei aufbauen sollten (vgl. Rundbrief, 24. 11. 1945, S. 12 f.).

<sup>79</sup> Als Ende des Jahres 1945 sein Programm auch in Westdeutschland verbreitet wurde, sah sich Schlange entschiedener Kritik Adenauers ausgesetzt. Adenauer kritisierte insbesondere Schlanges Auffassung, daß die Union eine rein bürgerliche „Rechtspartei“ sein solle; er äußerte die Überzeugung, daß die CDU so sehr in der Arbeiterschaft verankert sei, daß man sie sehr viel berechtigter als die SPD mit der Labour Party vergleichen könne. Darüber hinaus kritisierte Adenauer, daß Schlange den Begriff der „Sammlungspartei“ in den Vordergrund der Neugründung gestellt habe: „Es könnte daraus der Eindruck entstehen, daß der Sammlungsgedanke unser Leitgedanke sei. Wir dürfen aber m. E. keine *Sammelpartei* sein, sondern wir müssen eine Partei sein mit *eigenem, neuem* Programm. Auf „Sammlung“ als Fundament läßt sich keine neue Partei aufbauen, weil Sammlung nichts in die Zukunft Weisendes ist.“ Adenauer an Schlange, 29. 1. 1946 (BA Z 6 I/142, fol. 120 f.).

<sup>80</sup> Schlange an Dietrich, wie Anm. 57, fol. 66, und Schlange an Passarge, 22. 11. 1945 (BA NL Passarge, Nr. 8, fol. 3 f.).

Schlange selbst hat eigenen Aussagen zufolge 1945 „ernsthaft darüber nachgedacht, ob ich nicht Mitglied der SPD werden sollte“. Er verwarf diesen Gedanken jedoch aus zwei Gründen: „Einmal, weil es nicht ganz ehrlich gewesen wäre, da ich in vieler Hinsicht doch nicht Sozialdemokrat bin und zweitens deswegen, weil ich der Meinung bin, daß ich auch der Sozialdemokratie keinen guten Dienst getan hätte, da viele Leute ihres linken Flügels wahrscheinlich Kommunisten geworden wären, wenn zu viele Leute, die früher rechts gestanden haben, bei ihr Mitglied geworden wären.“ Schlange an Hollins, CCG/FAD, Entwurf, o. D., März 1947 (BA Z 6 I/231, unfol.).



Kriegszerstörungen und Flüchtlingselend schienen Schlange in seiner Auffassung, daß die sozialen Gegensätze der Vergangenheit als Folge des Krieges weitgehend überwunden seien, Recht zu geben:

„Klassenkampf – wir sind so ziemlich alle gleich arm geworden, der Neidgedanke ist heute überständig, fast reaktionär zu nennen; wir werden entweder alle gemeinsam leben oder alle gemeinsam zugrundegehen.“<sup>81</sup>

An diesem knapp umrissenen politischen Konzept des Nachkriegspolitikers Schlange wird erkennbar, daß er trotz aller nicht sehr tiefgehender Versuche, seine Positionen theoretisch abzusichern und seine konservative Denkgrundlage zu klären, ein überzeugter Pragmatiker ist, dessen aus der sehr realitätsnah erfaßten Gegenwartskatastrophe hergeleitete programmatische Konsequenzen auf ideologischen Prämissen beruhen, die verwaschen sind und deren Wurzeln wohl auch ihm selbst weitgehend verborgen bleiben.

Um die große Aufgabe des evolutionären Aufbaus, dessen Richtung zunächst nicht näher bestimmt wird, in Angriff nehmen zu können, bedarf es – so Schlange – angesichts des „größten Trümmersturzes der Weltgeschichte“ einer Konzentration aller Kräfte, die dazu willens seien. In dem von ihm angestrebten Dreiparteiensystem, in dem die Kommunisten nicht koalitionsfähig sind, werden Konservative und Sozialdemokraten zusammenarbeiten müssen und können,

„denn die Trümmer sehen uns alle gleichmäßig an und die sachlichen Aufgaben, die vor uns stehen, müssen stärker sein als irgendwelche ideologischen Gegensätze“<sup>82</sup>.

Eine wichtige Voraussetzung für die besonders schwierige Integration aller aufbauwilligen Kräfte im bürgerlichen Lager bestehe darin, daß die im Geiste des Nationalsozialismus erzogene Jugend aus ihrer „geistigen Verwirrung“ herausgeführt werde. In diesem Zusammenhang aber gelte es klarzustellen, was mit den Millionen ehemaliger Nationalsozialisten zu geschehen habe. Dabei habe der Grundsatz zu gelten:

„Wer unterschiedslos alle ehemaligen Nationalsozialisten ablehnt, schließt damit die Masse der jungen Generation aus. Wir haben aber dafür zu sorgen, daß diese Generation in den neuen demokratischen Staat hineingeführt wird und in die tragende Verantwortung für seine Gestaltung und Führung hineinwächst.“<sup>83</sup>

Aus dem politischen Leben auszuschalten seien lediglich die verantwortlichen Nazi-Führer, mitverantwortlich höhere Amtsträger und Opportunisten, die sich „aus persönlichem Ehrgeiz“ oder aus „Geschäftsinteresse“ „gar nicht schnell genug umstellen konnten“. Dagegen müsse jene große Gruppe von ehemaligen Parteimitgliedern, die als „Idealisten und anständige Patrioten“ „enttäuscht und verbittert längst die völlige innere Abkehr von Hitler und seiner Partei vollzogen“ hätten, sowie die „Unfreiwilligen und zwangsweise Gleichgeschalteten“ unbeschränkt in die neue Partei und in den aufzubauenden Staat integriert werden. Denn:

<sup>81</sup> Rundbrief, 4. 12. 1945, S. 22.

<sup>82</sup> Schlange an Hollins, wie Anm. 80.

<sup>83</sup> Rundbrief, 31. 10. 1945, S. 3.

„Wenn wir jenen Millionen deutscher Menschen nicht Gerechtigkeit widerfahren lassen, treiben wir sie entweder dem Kommunismus oder einem inneren Rechtsradikalismus in die Arme, der den Keim zu neuen gewaltigen Erschütterungen in sich trägt.“<sup>84</sup>

Diese breite Basis herzustellen, dürfe man angesichts der ungeheuren Not keine Zeit verlieren. Schlange selbst leitete mit der Gründung der CDAP am 30. 10. 1945 in Plön die Entstehung einer christlichen Sammelpartei in Norddeutschland ein und begründete diesen Schritt wie folgt:

„Wenn man im deutschen Volk von heute in dem größten Zusammenbruch aller Zeiten die Gespenster wie Hunger, Not, Verzweiflung usw. auftauchen sieht, dann können wir nicht abwarten, bis alles wieder ‚glücklicher‘ wird. Da müssen die Menschen sich sofort an die Arbeit machen und wenn sie scheitern sollten, dann haben sie wenigstens einen Augenblick weitergeholfen.

Es kommt darauf an, daß wir in Deutschland überhaupt leben bleiben und jede Möglichkeit, mitzuhelfen, muß sofort ergriffen werden.“<sup>85</sup>

Dieses Plädoyer für einen „Pragmatismus der ersten Stunde“ wird von Schlange mit zwei strategischen Grundpositionen verknüpft: die Herstellung einer Koalition mit der Sozialdemokratie und ein bedingungsloses Zusammengehen mit der Militärregierung. Dazu gebe es nicht nur aufgrund der Niederlage und der Besatzungssituation keine Alternative, diese Kooperation sei auch aus anderen Gründen unter allen Umständen anzustreben; da die Anwesenheit der Militärregierungen in Deutschland „eine verhängnisvolle Explosion“ verhindert habe, „die den Restbestand der Nation in die Luft gesprengt haben würde“, schufen sie nun die Möglichkeit, „den Übergang zu neuen Institutionen in ruhiger Weise zu vollziehen“<sup>86</sup>. Und ferner:

„Wir müssen auf das loyalste mit der britischen Militärregierung zusammenarbeiten, weil darin unsere einzige Rettungsmöglichkeit liegt. Wir können allein nicht existieren. Wir Deutschen mögen in diesen 12 Jahren angerichtet haben, was wir wollen. Aber eines stellen wir fest: wir sind, wir bleiben, wir wollen bleiben ein westliches Kulturvolk; wir gehören mit unserer Kultur zum Westen hin. Wir wollen daher mit dieser Kultur leben oder zugrundegehen.“<sup>87</sup>

In dieser klaren Option sah Schlange die Grundlage für einen politischen Neuanfang, dessen Chancen er trotz aller Trümmer positiv einschätzte:

„Unsere Lage sieht todernst, fast verzweifelt aus, aber eine Chance haben wir: die Chance des ganz neuen Anfangs. Wenn eine Fabrik ganz abbrennt und mit alten, reparierten Maschinen weiterarbeiten muß, ist der Schaden oft nachhaltiger, als wenn sie ganz verbrennt und sich mit den verbliebenen Mitteln von Grund auf modernisiert. Vielleicht trifft dieser Vergleich auf uns Deutsche von heute zu, die wir nicht nur in einem eigenen Zusammen-

<sup>84</sup> Ebenda.

<sup>85</sup> Niederschrift über die politische Versammlung am 30. 10. 1945 . . . in Plön (BANL Schlange, Nr. 21, unfol.).

<sup>86</sup> Rundbrief, 4. 12. 1945, S. 19.

<sup>87</sup> Niederschrift . . . , S. 1.

bruch, sondern in einer völligen Weltenwende stehen; allerdings nur dann, wenn wir entschlossen nach vorwärts unser Schicksal in beide Hände nehmen.“<sup>88</sup>

Schlange, der das Bild vom „Neubau“ in appellativer Absicht benutzte und dieses eindeutig als ein „verbessertes Weimar“ verstand, sah in völliger Klarheit drei scheinbar übermächtige materielle Gegenwartsprobleme, von deren Lösung die Realisierung der übergreifenden politischen Ziele seiner Ansicht nach weitgehend abhängen würde. Als erstes müsse das ungeheure Problem der Ernährungssicherung gelöst werden, denn

„Hunger erzieht keine friedlichen Demokraten. In der ungeheuren deutschen Not liegt das größte Hemmnis für die Verwurzelung der Demokratie in unserem Lande. Wir hoffen, daß die Siegermächte uns über diese Tatsache hinweghelfen werden.“<sup>89</sup>

Die Deutschen selbst aber müßten sehr viel intensiver als bisher ihr eigenes Land bebauen.

Die zweite Sofortaufgabe bestehe darin, weit mehr Kohlen als im Augenblick zu fördern, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Bevölkerung nicht erfrieren zu lassen. Und schließlich gelte es, so bald wie möglich mit dem Wohnungsbau zu beginnen, um aus der gegenwärtigen „demoralisierenden Enge“<sup>90</sup> herauszukommen. Zugleich aber sprach Schlange das höchstens mittelfristig in Angriff zu nehmende Flüchtlingsproblem an, für das er, sollte Deutschland nicht im Zustand eines „explodierenden Dampfkessels“ verbleiben, jedoch nur dann eine Lösung sieht, wenn wenigstens ein Teil der Flüchtlinge in absehbarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren könne.

Schlanges eigentliche parteipolitische Tätigkeit blieb auf ein halbes Jahr beschränkt. Ende 1945 schon entscheidet er sich, der auf konkrete Aufbauerfolge erpicht war, dafür, das britische Angebot zur Leitung der Ernährungspolitik in der Zone anzunehmen. Wenngleich er diesen Posten nur als Sprungbrett für eine spätere politische Karriere auf höherer Ebene ansieht, so eliminiert er sich damit doch realiter selbst aus der weiteren Parteipolitik, zumal die britischen Vorschriften einem deutschen Beamten jede spezifische parteipolitische Aktivität untersagen. Aber auch ohne diese Entscheidung hätte er sich schwerlich gegen Adenauer und dessen rheinisch-westfälische Hausmacht im Kampf um den zonalen Parteivorsitz durchsetzen können<sup>91</sup>. Die Schwäche seiner Position gegenüber Adenauer lag mit Sicherheit aber nicht nur in der geringeren Parteifolgschaft und in seinem „Makel“ als Flüchtling, sondern insbesondere darin, daß im Rheinland ein stärker in die Zukunft weisendes

<sup>88</sup> Rundbrief, 4. 12. 1945, S. 21.

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Rundbrief, 25. 12. 1945, S. 29.

<sup>91</sup> Indes urteilt Hermann Pünder, *Von Preußen nach Europa*, Köln 1968, S. 244: „Noch in Herford (13. 12. 1945, d. Verf.) schien es nicht ganz ausgeschlossen, daß bei der überraschend starken Beteiligung evangelischer Parteifreunde deren Kandidat, nämlich ... Minister Schlange-Schöningen, zum Vorsitzenden der Zonenpartei gewählt worden wäre. Deshalb mag die Vertagung der Personalfrage manchem (gemeint ist Adenauer, d. Verf.) nicht unwillkommen gewesen sein.“

Programm, das den Grundsätzen des „Christlichen Sozialismus“ verpflichtet zu sein vorgab, propagiert wurde. Anders als in Schlanges deutlich konventionelleren Programmaussagen wurden hier konkrete Forderungen für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstrukturierung vorgetragen, die geeignet sein konnten, auch bei der in der Zentrumstradition stehenden katholischen Arbeiterschaft großen Widerhall zu finden.

## (II) Vom „Hungerdiktator“ zum Überwinder der Krise

Bewegt sich Schlange als Parteiprogrammatiker in den Bahnen eines pragmatischen, durch seine politischen Erfahrungen in der Weimarer Republik modifizierten liberalen Konservatismus, dessen auf die Probleme der Nachkriegszeit bezogene Kernformeln stark emotional besetzt und nur ansatzweise auf einen konkreten Realitäts- und Zukunftsgehalt hin entworfen sind, so entwickelt der Ernährungs- und Agrarpolitiker im Laufe seiner rund vierjährigen Arbeit an einer für die Entwicklung der Westzonen entscheidenden Stelle aus der Praxis der Tagespolitik heraus ein agrarpolitisches Konzept, das neben starken Kontinuitätselementen bemerkenswerte Neuorientierungen enthält, durch die auch seine allgemeinen politischen Grundsätze von 1945 eine deutliche Präzisierung erfahren und aufgrund derer Schlange schließlich – in mannigfacher Hinsicht exemplarisch<sup>92</sup> – innerhalb der eigenen Partei eine nicht mehr mehrheitsfähige Sonderstellung einnimmt. Auch für diesen Bereich gilt freilich, daß Schlange natürlich kein fest umrissenes Programm vorzeigen kann, als er sich Ende 1945 nach ausführlichen Diskussionen mit den zuständigen Stellen der Control Commission dafür entscheidet, die Leitung der zonalen Ernährungsverwaltung zu übernehmen<sup>93</sup>. Ohne Aussicht auf baldige Wahlen und die Bildung einer Zentralverwaltung, in der er an politisch herausragender Stelle hätte aktiv werden können, engagiert er sich nun in einem Bereich, für den er sachkompetent wie wenig andere ist und von dem er sicher sein kann, daß er ausgesprochene politische Relevanz besitzt und mit einiger Wahrscheinlichkeit auch die Basis für politische Aktivitäten auf höherer Ebene abgeben wird:

„Es ist . . . wohl klar, daß ich hier nicht nur Kartoffeln bauen will. Ich finde, alles, was man gerade in landwirtschaftlicher Hinsicht tut, reicht heute eminent weit, ja entscheidend in alle politischen Entwicklungen hinein.“<sup>94</sup>

Das Amt, das Schlange zum 1. Februar 1946 übertragen wird, ist nach Ansicht vieler

<sup>92</sup> So Christoph Weisz, *Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945–1949*, in: VfZ 21 (1973), S. 195.

<sup>93</sup> Schlange hatte gleich nach seiner Ankunft in Lütjenburg damit begonnen, Kontakt mit der Militärregierung herzustellen (BA NL Schlange, Nr. 21 und Nr. 42). Als Antrieb sicher nicht zu unterschätzen war dabei auch der Zwang, wieder eine materielle Existenzbasis zu erhalten; Schlanges hatten in den Westen „4 silberne Bestecke, 3 Tassen, 5 Bücher, sehr wenig Kleidung und Wäsche“ mitgebracht und waren also „arm wie die Kirchenmäuse“ (Passarge; Tagebuch, 23. 2. 1946, BA NL Passarge, Bd. 8, fol. 85).

<sup>94</sup> Schlange an Passarge, 12. 2. 1946 (BA NL Passarge, Nr. 8, fol. 70).

Fachleute ein „Himmelfahrtskommando“<sup>95</sup>: Die Eigenproduktion der Zone ist auf weniger als 1000 kcal. pro Kopf und Tag abgesunken, Vorräte sind praktisch nicht mehr vorhanden, eine kurzfristige Steigerung infolge der fehlenden organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen ist schwer vorstellbar, die Nahrungsmittelzuschüsse der Briten sind viel zu knapp und zu unregelmäßig, als daß sie eine wesentliche Hilfe sein könnten, die Ernährungsverwaltung arbeitet ineffektiv und ist insbesondere unfähig, den für das Überleben des Ruhrgebietes unerläßlichen „übergiebtlichen Ausgleich“ mit Niedersachsen bzw. Schleswig-Holstein zustandezubringen. Hungersnot und Massenelend scheinen im Frühjahr 1946 in der britischen Zone programmiert; die Briten selbst treffen in dieser Situation eine vielsagende Entscheidung, indem sie die Normalverbraucher-Rationen um ein Drittel auf nur noch 1014 kcal. kürzen<sup>96</sup>. Hinzu kommt, daß der Leiter der zonalen deutschen Ernährungsverwaltung gegenüber der Militärregierung keinerlei Handlungsspielraum besitzt, sein Amt ohne Exekutivvollmachten ausüben soll und er selbst nicht einmal über die Möglichkeit verfügt, sich vor dem, was man zu diesem Zeitpunkt unter „politischer Öffentlichkeit“ versteht, für die vorhandene Misere, für die die hungernde Bevölkerung naturgemäß *ihn* und sein Amt verantwortlich macht, auch wirklich verantworten zu können.

Die augenscheinliche Aussichtslosigkeit dieser Aufgabe ist für Schlange aber eher das entscheidende Argument, sie zu übernehmen. Er hätte es allerdings kaum getan, wenn er nicht die Gewißheit mit in das Amt gebracht hätte, daß seine ernährungspolitischen Grundüberzeugungen sich nahtlos mit denen der verantwortlichen Briten decken. Das Überleben in der Krise hängt auch ihrer Ansicht nach von zwei Voraussetzungen ab, von denen Schlange jedoch nur auf die eine direkt Einfluß nehmen kann: von der möglichst vollständigen und gerechten Verteilung der deutschen Produktion und von der Bereitstellung alliierter Importe zur Aufstockung der Rationen.

Die deutscherseits zu leistende Aufgabe erfordert einen raschen Aufbau der Ernährungsverwaltung: Planung der landwirtschaftlichen Produktion, Erfassung und Ablieferung der Ernte wie ihre Verteilung bedürfen vor allem angesichts der besonderen Struktur der Zone eines straff zentralistischen Apparats, der mit beträchtlichen Kompetenzen ausgestattet sein muß, um zum einen die Bauern dazu zu bringen, mehr (und anderes) als bisher zu produzieren und trotz aller Versuchen zur Illegalität ordnungsgemäß abzuliefern, und um zum anderen trotz des auch in den Agrargebieten herrschenden Mangels einen beträchtlichen Teil der dortigen Produktion zu erfassen und in die dicht bevölkerten Gebiete insbesondere an Rhein und Ruhr zu transportieren.

<sup>95</sup> BA NL Passarge, Nr. 8, fol. 130.

<sup>96</sup> Zur Bedeutung des Hungers in der Nachkriegszeit hat der Verfasser eine Studie erarbeitet, die dem Historisch-Philologischen Fachbereich der Universität Göttingen als Habilitationsschrift vorliegt; vgl. dazu auch Günter J. Trittel, *Hunger und Politik in Westdeutschland, 1945–1949. Umriss eines zentralen Nachkriegsphänomens*, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium* 14 (1985), S. 126 ff.; ders., *Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945–1949*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 22/86, 31. 5. 1986, S. 18–29.



Zwei Grundsätze haben dabei für ihn absoluten Vorrang: Erstens muß alles getan werden, um die *zentralistische* Verwaltung im Interesse der hungernden Konsumenten arbeitsfähig zu machen, zweitens muß der Versuch unternommen werden, den Bereich der Ernährung so weit wie möglich zu entpolitisieren, beides Zielsetzungen, die nicht ganz frei von Widersprüchlichkeiten bleiben können. Die Rekonstruktion des Reichsnährstandes als einer „Form . . . , die immerhin eine sehr schnelle Erteilung der Anordnungen von oben bis unten ermöglichte“<sup>97</sup>, schien nur eine begrenzte und allmähliche Entnazifizierung zuzulassen, die Schlange seinerseits noch erheblich abschwächt, da ihm aus Effizienzgründen sehr daran liegt, hochqualifizierte Fachleute, die es erkennbar nur im Reichsnährstand bzw. dem ehemaligen Reichsernährungsministerium gibt, zu gewinnen. Bereits im Sommer 1946 kann er feststellen, daß diese Aufbauaufgabe von ihm bewältigt und das ZEL ein personell gut besetztes und relativ arbeitsfähiges Amt geworden ist<sup>98</sup>. Allerdings stößt sein Konzept einer straffen zentralistischen Ernährungsverwaltung nach Bildung der Länder in zunehmendem Maße auf deren Widerspruch, da ihre Regierungen für die Versorgungsmängel verantwortlich gemacht werden, ohne jedoch irgendwelchen Einfluß auf die Verwaltung nehmen zu können.

Das Festhalten an der personellen und organisatorischen Kontinuität des Reichsnährstandes entspricht zugleich Schlanges „vorbehaltlosem Bekenntnis zu einer staatlich gelenkten Planwirtschaft“, zu der es im Zeichen des Mangels keine „kapitalistische“ oder „liberalistische“ Alternative geben könne<sup>99</sup>. Innerhalb der zunächst reinen Zwangswirtschaft könne es nur darum gehen, die Landwirte von ihren Pflichten zu überzeugen, notfalls aber auch zu einer höheren Ablieferung zu zwingen; auch davor scheut Schlange in der Folge keineswegs zurück<sup>100</sup>.

Es ist klar, daß im „Schatten des Hungers“ fast jede ernährungspolitische Maßnahme bei den Betroffenen, ob Erzeuger oder Verbraucher, auf Kritik stoßen mußte. Deshalb bemüht sich Schlange von Anfang an nicht ohne Erfolg darum, den Agrarsektor als einen Bereich darzustellen, in dem es keine die sachliche Arbeit gefährdende parteipolitische Auseinandersetzung geben dürfe. Wichtigste Voraussetzung zur Realisierung dieses von ihm als besonders überlebenswichtig angesehenen Ziels ist eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften, mit denen er die Auffassung vom Vorrang einer konsumentenorientierten Politik in einem zentralistischen und planwirtschaftlichen System teilt, deren Forderungen nach gründlicher Entnazifizierung und Demokratisierung der Ernährungsverwaltung wie nach ei-

<sup>97</sup> Schlange auf der 2. Sitzung des Zonenbeirates (= ZB), 26./27. 3. 1946 (Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (= AVBRD) 1, München 1976, S. 364). Er selbst hatte sich als die entscheidende Voraussetzung für die Amtübernahme von den Briten die Beibehaltung des Reichsnährstandes ausbedungen.

<sup>98</sup> Karl Passarge (Hrsg.), Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone 1945–1948, Hamburg 1948, S. 9 ff.

<sup>99</sup> Schlange an Hollins, CCG/FAD, 23. 4. 1946 (BA Z 6 I/17, fol. 192).

<sup>100</sup> So durch die Kürzung des Selbstversorgeranteils, durch Hofbegehungen und Androhung von Enteignungen usw.

ner grundlegenden Bodenreform jedoch mittelfristig ein erhebliches Konfliktpotential verhiessen. Schlange sucht deshalb gleich bei seiner Amtsübernahme den persönlichen Kontakt zu führenden Sozialdemokraten, um sie von seiner Kooperationsbereitschaft und seiner Zielsetzung zu überzeugen:

„Ich wünsche dieses Amt auf breitester personeller Basis so aufzubauen, daß es möglichst von allen Parteien getragen wird, damit meine Arbeit für die Ernährung des Volkes aus dem Schußfeld aller Parteipolitik herauskommt.“<sup>101</sup>

Auf dieser Grundlage versucht er, sich mit SPD-Führer Schumacher zu verständigen, „damit die Berechtigung jedes Angriffes in der Öffentlichkeit von selbst“ aufhöre<sup>102</sup>, und holt einige ausgewiesene sozialdemokratische Beamte, unter ihnen den herausragenden Ernährungsfachmann Hans Podeyn, seinen späteren Stellvertreter, in sein Amt.

Dem Ziel der Entpolitisierung des Ernährungsproblems dient darüber hinaus auch seine sachliche Berichterstattung im Zonenbeirat, vor allem aber seine im Frühjahr 1946 begonnene Bemühung um eine öffentliche Kontrolle der Ernährungsverwaltung, der auf allen Ebenen Beiräte unter Beteiligung der Verbraucher zugeordnet werden, damit „Öffentlichkeit und Verbraucher zunehmend Aufklärung und Einblick und damit möglicherweise Verständnis für die ernährungspolitischen Probleme erhielten“<sup>103</sup>.

In dieser Situation des Massenhungers hängt für Schlange viel davon ab, nicht nur gegenüber den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Verständnis für seine Probleme zu erzeugen, sondern auch immer wieder in direkten Appellen an den Verbraucher wenigstens den Eindruck zu erwecken, daß er sich „dessen täglichen Sorgen und Nöten . . . auf das Tiefste verbunden fühle“<sup>104</sup>. Insbesondere versteht er es, in derartigen Appellen, in denen er ja gar nichts Substantielles versprechen kann, an den Durchhaltewillen der Konsumenten zu appellieren und sie über die wahren Ursachen der gegenwärtigen Not aufzuklären:

„Ein Volk, das Sturm gesät hat, steht jetzt im Orkan der Not. Hitler war nicht nur der Diktator des Krieges. Sein furchtbares Erbe ist die Diktatur des Hungers und zugleich der Lüge. Wer Hitler wählte, hat nicht nur den Krieg, er hat auch den nachfolgenden Hunger gewählt.“<sup>105</sup>

Indem Schlange öffentlich unablässig um Vertrauen für seine Arbeit und um die Hilfsbereitschaft der Britischen Militärregierung wirbt, trägt er dazu bei, daß in der britischen Zone bis in den Winter 1946 hinein das Ernährungsproblem politisch relativ entschärft wird. Gerade weil sehr schnell ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den Leitern der Food & Agriculture Division entsteht, kann

<sup>101</sup> U. a. Schlange an Severing, 2. 3. 1946 (BA Z 6 I/1, fol. 19). Vgl. dazu auch Schlanges entsprechende Kooperationsangebote auf der 2. ZB-Sitzung, wie Anm. 97, S. 363.

<sup>102</sup> Schlange an CCG/FAD, 21. 2. 1946 (BA Z 6 I/1, fol. 38 f.).

<sup>103</sup> Schlange an Hollins, CCG/FAD, 13. 5. 1946 (BA Z 6 I/17, fol. 76).

<sup>104</sup> Schlange, Rundfunkvortrag, 14. 4. 1946 (BA Z 6 I/200, fol. 205).

<sup>105</sup> Ebenda, fol. 205 R.

Schlange weit über die ihm eigentlich von den Briten zugemessenen Möglichkeiten hinaus Einfluß nehmen. Die Offenheit und Würde, mit der er das „nationale“ Interesse der Zonendeutschen vertritt, und die weitgehende Identität der beiderseitigen Auffassungen über politische und ernährungspolitische Ziele machen Schlange schon nach wenigen Monaten zu einem *Partner* ihrer Besatzungspolitik, dessen Urteile und Forderungen Gewicht besitzen<sup>106</sup>.

So werden die von Schlange im Sommer/Herbst 1946 entwickelten Grundzüge eines ernährungs- und agrarpolitischen Programms von den Briten zwar noch nicht geteilt, aber auch nicht zurückgewiesen und bilden seit Sommer 1947 den Kern des britisch-amerikanischen Aufbauprogramms. Müssen sich Schlange und die CCG von Anfang ihrer Zusammenarbeit an zunächst auf eine rein defensive Politik der *Verteilungssicherung* mittels Zwangswirtschaft und unpopulärer produktionspolitischer Umakzentuierung (verstärkter Anbau von Hackfrüchten und Brotgetreide, Abbau der Viehbestände) beschränken, so entwickelt Schlange gleichzeitig längerfristige Perspektiven, die der praktizierten, jetzt für vorübergehend erklärten britischen Politik, die er gleichwohl trotz aller Kritik auch weiterhin stützt, grundsätzlich zuwiderlaufen. Grundaussage ist, daß unter Beibehaltung der immer mehr zerbröckelnden Bewirtschaftung eine konstruktive Politik eingeleitet werden müsse, die durch eine gewisse Verdichtung der ländlichen Bevölkerung und durch Umstellung der Produktion vorrangig auf Veredelungswirtschaft zur maximalen Produktion anreizen und zur Schaffung einer modernen und gesunden Agrarstruktur führen soll; zuvor jedoch müßten die Besatzungsmächte die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich die Deutschen durch eine landwirtschaftliche und industrielle Produktionssteigerung ihren eigenen Lebensunterhalt erarbeiten können<sup>107</sup>. Fernziel müsse – so Schlange im Rückgriff auf seine bereits vor 1933 geäußerten Überzeugungen<sup>108</sup> – eine „agrар- und ernährungspolitische Planwirtschaft“ sein:

„Nicht ein stupides Regulieren mit Zwang und Festpreisen und Polizeieingriff, . . . ; auch nicht ein freies Spiel der Kräfte im schlechten Sinne, das sich ein verarmtes Volk gleichfalls nicht erlauben kann, weil es nur allzuleicht zu Gunsten des Stärksten und zu Ungunsten des Schwächsten geht, sondern ein System von berufsständisch frei gelenkten Unternehmungen und Institutionen, in denen die Könner ihre persönliche Initiative voll zu entfalten vermögen und der Staat nichts weiter als sein Aufsichtsrecht geltendmacht: Freie Bahn dem Tüchtigen zum Nutzen der Allgemeinheit! Die höchste Auswirkung wird man allerdings nur dann erzielen, wenn man in großen genossenschaftlichen Organisationen Erzeuger und Verbraucher zueinander bringt.“<sup>109</sup>

<sup>106</sup> Bestes Beispiel dafür im Mai 1946 ist die mit britischer Zustimmung durchgeführte Reise nach Thüringen, über die Schlange am 20. 5. 1946 an die CCG berichtet (BA Z 6 I/198, fol. 23 ff.). S. auch Anm. 121.

<sup>107</sup> Die Grundzüge dieses Konzepts legte Schlange erstmals öffentlich auf der Hamburger Ernährungskonferenz vom 13./14. 5. 1946 vor, die auf seine Initiative hin zustandegekommen war (BA NL Dietrich, Nr. 11, fol. 27 ff.).

<sup>108</sup> Schlange, Bauer und Boden, Berlin 1933, S. 73 f.; ders., Acker und Arbeit, Berlin 1932, S. 57.

<sup>109</sup> Schlange, Lebendige Landwirtschaft, Hamburg 1947, S. 219.

Bemerkenswert ist, daß Schlange zu einem Zeitpunkt, wo die Versorgung in der britischen Zone einen vorläufigen Tiefpunkt erreicht hatte und die weitere Entwicklung höchst krisenhaft bleiben mußte, Phantasie und Mut besitzt, eine geradezu utopisch anmutende Perspektive aufzuweisen, zu deren Verwirklichung in absehbarer Zeit jegliche Voraussetzung zu fehlen scheint, Schlange stellt „in dieser Zeit des fast hoffnungslosen wirtschaftlichen Niederbruchs“ das optimistische Ziel auf:

„Was das deutsche Volk an Ackerfläche verloren hat, muß die deutsche Landwirtschaft durch stärkste Modernisierung zurückgewinnen . . . Mehr produzieren, billiger produzieren, besser konservieren.“<sup>110</sup>

In diesen Rahmen paßt Schlange auch seine Überlegungen zur *Bodenreform* ein<sup>111</sup>, die nicht auf eine politisch motivierte Entmachtung des Großgrundbesitzes zu zielen habe, sondern als ein „großes Programm der landwirtschaftlichen Neugestaltung zur Anpassung an die zukünftigen deutschen und weltpolitischen Notwendigkeiten“ verstanden werden müsse<sup>112</sup>. Er vertritt im Zonenbeirat die Ansicht, daß eine vorsichtige, auch aus sozialen Gründen anzustrebende Besitzabgabe in der britischen Zone eine Neuansetzung von rund 215 000 Familien ermöglichen könne, was zugleich mit einer umfassenden Produktionsumstellung der großen und mittleren Betriebe auf Veredelungswirtschaft die Produktivität und Rentabilität mittelfristig positiv beeinflussen werde. Allerdings warnt er bei jeder Gelegenheit nachdrücklich vor einer „unorganischen Lösung“ wie in der SBZ, d. h. vor sofortigen und schematischen Eingriffen in die Besitzgrößenstruktur, die eine verheerende Auswirkung auf die landwirtschaftliche Produktion unvermeidlich mache. Mit dieser Argumentation, die auch auf Zustimmung der Briten rechnen kann und schließlich auch im Zonenbeirat die Mehrheit der bürgerlichen Parteien findet, verhindert Schlange, daß es deutscherseits zu einer Mehrheit für eine durchgreifende Bodenreform mit vorrangig gesellschaftspolitischer Zielsetzung kommt, die mit Sicherheit von den Briten zu diesem Zeitpunkt allerdings gar nicht erwogen wurde<sup>113</sup>; es geht ihm dabei jedoch keineswegs um den Erhalt des status quo als Selbstzweck<sup>114</sup>: Die von ihm unter dem „Gesichtspunkt . . . der höchsten Produktivität“ geforderte „organische Reform“ soll wohl die bäuerliche Besitzstruktur bewahren<sup>115</sup>, diese durch die Einsetzung von Flüchtlingssiedlern sogar noch stärken, die Betriebsweise soll aber so grundlegend verändert werden, daß unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Erfordernisse intensiver, moderner und da-

<sup>110</sup> Schlange, *Modernisierte Landwirtschaft*, in: WELT v. 19.7. 1946 (HStA Düss., NW 72, Nr. 289, fol. 021).

<sup>111</sup> Vgl. Günter J. Trittel, *Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945–1949*, Stuttgart 1975, S. 39 ff., 49 f.

<sup>112</sup> Schlange, in: Die WELT, 30. 4. 1946 (BA Z 6 I/200, fol. 200).

<sup>113</sup> Trittel, *Das Scheitern der Bodenreform im „Schatten des Hungers“*, in: Rolf Steininger/Josef Föschepoth, *Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949*, Paderborn 1985, S. 153 ff.

<sup>114</sup> So Weisz, *Organisation und Ideologie*, S. 195, der den Aspekt der Verhinderung einer *radikalen* Reform, wozu die Ernährungskrise das wirksamste Argument geliefert habe, überbetont.

<sup>115</sup> ZEL, *Grundgedanken eines Gesetzes zur Bodenreform*, 8. 9. 1946 (BA Z 6 I/162, fol. 189), und Schlange, 2. ZB-Sitzung, ebenda (AVBRD 1, S. 363 f.).

mit ertragreicher produziert und so die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft überwunden werden kann.

Auch nachdem Schlange durch seine Ernennung zum stellvertretenden Leiter des bizonalen Ernährungs- und Landwirtschaftsrates (Herbst 1946) und dann durch seine Wahl zum Direktor der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft (1947–1949) die Möglichkeit erhalten hat, auf bizonaler Basis das ernährungs-politische Krisenmanagement mitzugestalten, behält er die auf zonaler Basis vertretenen Grundsätze bei: *Erstens* muß den Alliierten eine immer größere Importhilfe abgerungen werden; das kann letztlich aber nur dann erfolgreich sein, wenn *zweitens* eine Art „Notzentrismus“ die möglichst gerechte und effiziente „Verwaltung des Mangels“ ermöglicht, wenn *drittens* ein relativer sozialer und politischer Ausgleich erreicht und wenn *viertens* eine aktive Agrarpolitik trotz aller schier unüberwindbarer Schwierigkeiten wenigstens ansatzweise einzuleiten versucht wird. Schlanges wichtigste Rolle bestand darin, daß es ihm gelingt, bei den Militärregierungen das Vertrauen in die von ihnen immer wieder geforderte und lange Zeit vermißte Opfer- und Leistungsbereitschaft der Deutschen wachsen zu lassen, daß er sie vor allem – wie wenig andere deutsche Politiker dieser Jahre – mit zunehmendem Erfolg davon überzeugt, daß sie Westdeutschland aus eigenem Interesse und um ihrer eigenen politischen Grundsätze willen materiell umfassend helfen müssen. Eine derartige Politik bewegt sich allerdings auf einem schmalen Grat: Zunächst bleibt der gewährte Zuschuß zu knapp, um wirklich helfen zu können, dann droht die inzwischen zugesicherte Hilfe der Amerikaner zu spät zu kommen, um den seit Kriegsende immer wieder von allen Seiten prophezeiten Umschlag der Hungerkrise in die politische Radikalisierung verhindern zu können. Daß sich seit dem Sommer 1947 bei den Amerikanern die Auffassung durchsetzte, daß nur eine außergewöhnliche materielle Vorleistung Westdeutschland und damit Westeuropa vor längerer Verelendung würde retten können, ist auch ein Verdienst Schlanges, der seit dem Frühjahr 1946 nicht müde wird, öffentlich zu erklären:

„Alle Eure noch so dankenswerten Zuschüsse sind nur Almosen, die uns gerade vor dem letzten Verhungern bewahren. Gebt uns großzügig Arbeitsfreiheit, Atempause und Exportmöglichkeit, damit wir endlich menschenwürdig leben und die Einfuhr ehrlich bezahlen können . . . , damit Deutschland nicht wie am Ende der Brüningszeit noch einmal und endgültig . . . vielleicht kurz vor dem Ziel zusammenbricht.“<sup>116</sup>

So begrüßt Schlange im Herbst 1946 zwar die Bildung der Bizone als eine „Demonstration des guten Willens und der Humanität“, die infolge ihrer positiven psychologischen Wirkung zur „Lebensrettung der Demokratie“<sup>117</sup> führen könne, relativiert jedoch zugleich dahingehend, daß damit noch keine „absolute Lebensverbesserung“ eintreten werde und daß weiterhin die Gefahr einer Entwicklung bestünde, „der vielleicht keine Bajonette gewachsen sein werden“<sup>118</sup>. Erst wenn die Alliierten, so Schlan-

<sup>116</sup> Schlange, Rede zum Erntedankfest 1946 (BA Z 6 I/185, fol. 53 f.).

<sup>117</sup> Schlange, Entwurf eines Zeitungsartikels, o. D. (Ende 1946) (BA Z 6 I/200, fol. 21).

<sup>118</sup> 9. ZB-Sitzung, 27.–29. 11. 1946, TOP.204 (AVBRD 1, S. 1063).



ge noch im Herbst 1947, von ihrer Praxis abgingen, daß die Nahrungsmiteleinfuhr nur der unmittelbaren menschlichen Ernährung – „vom Schiff in den Mund“ – zu dienen habe<sup>119</sup>, könne eine erfolgversprechende Aufbaupolitik eingeleitet werden, für die – unter Mitwirkung von Schlanges Amt – seit Bildung des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ im Sommer 1947 auch deutscherseits die Umriss eines Gesamtkonzepts entwickelt worden sind<sup>120</sup>.

Eine immer wichtigere Rolle bei seinen Appellen spielt seit dem Frühjahr 1946 – wie bei anderen führenden deutschen Politikern auch – das antikommunistische Argument, das er kaum aus taktischen Erwägungen, sondern aus einer auf eigener Anschauung basierenden politischen Grundüberzeugung vorträgt; nach seiner SBZ-Reise fordert er von der Britischen Militärregierung, „die drei Zonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren“<sup>121</sup>, sonst werde

„Deutschland in einen gefährlichen politischen Zustand geraten, der es eines Tages reif für eine aktive russische Politik machen wird, sei sie nun militärisch aggressiv oder nur politisch und propagandistisch expansiv.“<sup>122</sup>

Und im Frühjahr 1948 drängt er die Militärgouverneure mit dem Hinweis auf die seiner Ansicht nach kommunistisch gelenkten Streikbewegungen in Westdeutschland, die er in völlig überzogener Weise mit den Vorgängen in der Tschechoslowakei vergleicht, dazu, ernährungspolitische Zugeständnisse zu machen, damit man den Wettlauf mit der Zeit bis zur endgültigen Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan gewinnt<sup>123</sup>. Während die von Schlange und anderen deutschen Politikern vorgetragene ernährungspolitischen und ökonomischen Argumente in Anbetracht der sich für alle sichtbar verschlechternden materiellen Situation mit ihren politischen Unwägbarkeiten ihre Wirkung auf die Militärregierungen nicht verfehlten, zumindest deren Analysen beeinflussten, sie in ihren eigenen Schlußfolgerungen unterstützten und ihre Aktivitäten verstärkten, konnten Konzeptionen, die auf eine grundlegende und rasche Veränderung der politischen Struktur abzielten, zunächst wenig

<sup>119</sup> Schlange, die Demontage der deutschen Hoffnung, 3. 11. 1947 (BA Z 6 I/202, fol. 76–78).

<sup>120</sup> Verwaltungsrat für Wirtschaft/Verwaltungsrat für Ernährung und Landwirtschaft, Denkschrift vom 3. 7. 1947, gewissermaßen eine „Regierungserklärung“ der neuen bizonalen Verwaltung (BA Z 6 I/27, fol. 29 ff.).

<sup>121</sup> Schlange, Bericht, 17. 5. 1946, wie Anm. 106. Vgl. auch die Dokumentation und Kommentierung dieser Reise durch Werner Abelshäuser, Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöninggen über seinen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: VfZ 27 (1979), S. 661 ff. Zu relativieren ist Abelshäusers These, die Sowjets hätten Schlange als Vertreter des (ost-) deutschen Bürgertums eingeladen, dem nach 1945 ein besonders großes Interesse an der Wiederherstellung der deutschen Einheit unterstellt wurde; Schlange ließ sich als ehemals „bürgerlicher Junker“ und jetzt mittelloser Ostflüchtling schwerlich als *der* Repräsentant des Bürgertums bezeichnen; von ihm, der vor einem Jahr vor den Sowjets geflohen war und seinen Besitz auch als Folge ihrer radikalen Bodenreformpolitik verloren hätte, waren wenig Sympathien für eine Festigung der sowjetischen Einflußnahme in Deutschland zu erwarten.

<sup>122</sup> Bericht, wie Anm. 106, fol. 24.

<sup>123</sup> Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern in Frankfurt, 15. 3. 1948 (AVBRD 4, S. 392 f.), und Schlange an Andrews, BICO, 4. 5. 1948 (BA Z 6 I/19, fol. 216).

Wirkung ausüben. Hier eilten die Deutschen mit ihren Forderungen stets den Westmächten, die sich an dem erhebliche Beharrungskraft ausübenden Rahmen ihrer gesamten Deutschland- und Europapolitik zu orientieren und auf die Bündnispartner wie die eigene Innenpolitik Rücksicht zu nehmen hatten, weit voraus. Dies gilt auch für die von Schlange im Mai 1946 in bemerkenswerter Klarheit formulierten Konsequenzen aus seiner SBZ-Erfahrung:

„Deutsche Zentralregierung mit Exekutivgewalt unter der Kontrolle der Westmächte, Aufhebung der Zonengrenzen, Lösung des Ruhrproblems und, wenn möglich – und gemeinsam mit Amerika dürfte das wohl möglich sein – ein zweijähriges Moratorium für Deutschland, damit endlich ein wirtschaftlicher Aufbau (möglich ist) und auf diese Weise ein wirtschaftlich und politisch gesunder und fester Block gegen die russischen Bestrebungen geschaffen werden kann, der einen (festen) Anschluß an die westeuropäische Politik und Kultur findet. Auf diese Weise wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben.“<sup>124</sup>

Nachdem die Frühjahrskrise 1947 klargemacht hatte, daß die Bizonengründung nicht, wie erhofft, ein „Wendepunkt und . . . ein erstes Zeichen des Wiederaufbaus“ gewesen war<sup>125</sup>, versucht Schlange der Militärregierung deutlich zu machen<sup>126</sup>, daß die bizonale Verwaltung dergestalt reformiert werden müsse, daß eine schlagkräftige zentralistische Organisation entstehe, die die auch künftig zu erwartenden Verteilungskämpfe im Sinne des notwendigen sozialen Ausgleichs durchzustehen vermöchte. Der wachsenden „Krise der Staatsautorität“<sup>127</sup> müsse unter allen Umständen entgegen gewirkt werden, denn:

„Man hat die Empfindung, daß die Führung den gutwilligen Deutschen aller Richtungen mehr und mehr entgleitet und der Radikalismus durch unterirdische Propaganda die Oberhand gewinnt, wenn nicht bald eine grundsätzliche Änderung eintritt.“<sup>128</sup>

Im Sommer 1947 werden durch die US-Importgarantie und die Planungen für eine umfassende ERP-Hilfe zwar die Weichen zur Erfüllung der materiellen Bedürfnisse der Deutschen gestellt, der politische Rahmen bleibt jedoch auch nach der Bizonen-Reform im Sommer 1947 zu eng, um die Hungerkrise hinreichend bekämpfen und den politischen Stimmungsverfall aufhalten zu können. Nach dem Scheitern der deutschen Zentralverwaltung im Kartoffelverteilungskonflikt mit den Ländern im Herbst 1947 versucht Schlange, den Besatzungsmächten das grundlegende Dilemma der deutschen Politik in einer umfassenden Denkschrift deutlich zu machen. Die bizonalen Verwaltungen seien, da von den Ländern und den Militärregierungen unzu-

<sup>124</sup> Bericht, wie Anm. 106, fol. 25.

<sup>125</sup> Rede Schlanges, Auf dem Wege zur Wirtschaftseinheit, o. D. (ca. September 1946) (BA Z 6 I/200, fol. 101).

<sup>126</sup> Notiz über Gespräch Schlanges mit BICO, 28. 3. 1947 (BA Z 6 I/22, fol. 378 ff.), und Schlange, 11. ZB-Sitzung, 29./30. 4. 1947, TOP.264 (AVBRD 3, S. 374).

<sup>127</sup> Schlange an Agartz, 28. 9. 1946 (BA Z 6 I/65, fol. 45).

<sup>128</sup> Schlange, Eine deutsche Chance? in: Die WELT, 8. 7. 1947 (BA Z 6 I/201, fol. 25 f.).

reichend abgegrenzt, ein „Fremdkörper“ zwischen ihnen geblieben<sup>129</sup>. Konkret bedeute das:

„Wir sind ein Schattenstaat ohne Autorität. Wir sind ein Staatsgebilde, dem man angeblich eine Exekutivgewalt zugebilligt hat, aber diese Exekutive ist nur eine Papierexekutive, die sich in der Praxis als unwirksam erwiesen hat. Den deutschen Behörden bleibt als letztes, wenn sie gar nichts haben durchsetzen können, nur, daß sie den nicht allzu würdigen Schritt des Bettelns um Hilfe bei der Militärregierung tun.“<sup>130</sup>

Seit Sommer 1947 bestünden zwei Regierungen, „von denen die eine die Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und Verfügungen der anderen Regierung genehmigt oder ablehnt, kontrolliert und kritisiert und bei der Durchführung nach Gutdünken eingreift. Beide Regierungen gründen sich auf verschiedene Systeme. Die Militärregierung ist autoritär, die deutsche Wirtschaftsregierung demokratisch. Die eine leitet ihr Recht aus dem Willen der Siegerstaaten, die andere aus dem Willen des deutschen Volkes im Vereinigten Wirtschaftsgebiet.“<sup>131</sup>

Entscheidender Mangel dieses ungleichgewichtigen Verhältnisses sei, daß es keine Verfassung gebe, „durch die jede Regierung ihre genaue Zuständigkeit“ erhalte. So aber komme es zu immer neuen willkürlichen Eingriffen der Militärregierung, die, Schlange drückt sich vorsichtig aus, „Reibungen, Unzuträglichkeiten, Schwierigkeiten und Leerlauf“ nach sich zögen. Infolge dieses Abhängigkeitsverhältnisses und der „ängstlichen und bürokratisch(en)“ „Überwachungsmethode“ der Alliierten werde die Autorität der deutschen Verwaltung auf eine „Scheinverantwortung“ reduziert. Die Direktoren der Frankfurter „Zentralverwaltung“ seien somit aber nicht nur zu „Ausführungsbeamten der Militärregierung“ herabgewürdigt, sondern sie seien zugleich noch vom Exekutivrat abhängig und demzufolge, da ohne eigene Durchführungsorgane, den Ländern gegenüber machtlos. Diese Fehlkonstruktion müsse angesichts der Krise umgehend in dem Sinne umgeformt werden, daß durch die Beschränkung der Militärregierung auf rein beobachtende Kontrolle und die Herstellung eines zentralistischen Aufbaus der deutschen Verwaltung endlich eine effektivere Ernährungs- und Wirtschaftspolitik ermöglicht werde. Nur so könne zu einem Zeitpunkt, wo „in weitesten Kreisen des deutschen Volkes . . . der Glaube an eine bessere Zukunft erloschen“ sei, wieder eine zureichende staatliche Autorität entstehen.

Als die deutschen Spitzenpolitiker im Frühjahr 1948 erfahren, daß die Militärregierungen ihrerseits zwar nicht mehr an eine Reform der Frankfurter Verwaltung denken, ihnen aber weitgehend freie Hand bei der Gründung eines Weststaates einzuräumen bereit sind, versucht Schlange, wie andere führende Unions-Politiker auch, den Besatzungsmächten klarzumachen, daß trotz bzw. wegen dieser Aussicht auf eine mittelfristige politische Stabilisierung gerade jetzt keine Zeit mehr zu verlieren sei mit

<sup>129</sup> VELF, Welche Schwierigkeiten behindern die Ernährungspolitik? o. D. (Ende 1947), S. 2 (BA Z 6 I/234).

<sup>130</sup> Schlange, Wörtl. Bericht über die 8. Vollversammlung des Wirtschaftsrates (= VV-WR), 21. 11. 1947, S. 210.

<sup>131</sup> VELF, Welche Schwierigkeiten . . . ? wie Anm. 129, S. 2.

der Einbeziehung Westdeutschlands in das ERP, da die Vorgänge in Osteuropa und die soziale Verelendung in Westdeutschland die politische Krise dramatisch zugespitzt hätten.

„Der Marshallplan ist unsere erste Hoffnung seit dem Zusammenbruch, aber . . . er wird auch die letzte sein. Entweder gelingt dieses Werk, an das unser Schicksal jetzt auf Tod und Leben geknüpft ist, oder dieses Europa oder jedenfalls dieses Deutschland wird zugrundegehen.“<sup>132</sup>

Bedingt durch seine Aufgabe und sein Amt wird Schlange sehr früh deutlich, welches die entscheidende Bedingung für eine umfassende und vor allem *rechtzeitige* Hilfe der Besatzungsmächte ist: Man muß alle Eigenkräfte einspannen, um durchzuhalten, man muß vor allem aber gegenüber den alliierten Militärregierungen und der westlichen Öffentlichkeit glaubhaft demonstrieren, daß man die höchstmögliche Anstrengung unternimmt, um jedes erdenkliche Opfer für das eigene Überleben zu bringen. Nur dadurch könne man den gewissermaßen moralisch begründeten Nachweis führen, daß man – trotz allem! – einen Anspruch auf Hilfe besitze. Schlange hämmert der deutschen Öffentlichkeit deshalb fast pausenlos ein:

„Erst dann, wenn wir von *uns aus* geleistet haben, was wir leisten können, *dann*, bin ich der Meinung, haben wir ein Recht, an die Besatzungsbehörde heranzutreten und ihnen zu sagen: Seht, wir haben das Menschenmögliche getan, Ihr seht, es gibt eine Grenze dafür, über die wir nicht springen können, weil sie jenseits unserer Machtmöglichkeiten liegt, nun helft uns weiter.“<sup>133</sup>

Es ist in großem Maße Schlanges Verdienst, daß diese Maxime – trotz des Bewußtseins, daß es unmöglich sein würde, sich „am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen“, den Besatzungsmächten dennoch zu demonstrieren, daß man dies versuche – seit dem Sommer 1947 zu einem Motto der Frankfurter Politik wird<sup>134</sup>. In diesem Zusammenhang zeigt sich Schlanges Spürsinn für die der alliierten Politik zugrundeliegenden Interessen und die sie bedingenden Motive; er erkennt und akzeptiert sie nicht nur früher als andere, er vermag sie auch mit großem Geschick mit dem deutschen Interesse zu verknüpfen. So weist er in der Öffentlichkeit immer wieder darauf hin, daß die Besatzungsmächte sich „so unkaufmännisch wie nur denkbar“ verhalten:

„Denn es handelt sich immer um die Frage: Entweder bleibt dieser unerträgliche Zustand des deutschen Vegetierens, endet schließlich doch noch in einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe und alle Summen waren umsonst für eine Pleitewirtschaft aufgewandt, oder man entschließt sich zu einem zwar großen, aber kurzen Aufwand, um die Konkursmasse zu klären und den Schuldner schnell wieder zahlungsfähig zu machen.“<sup>135</sup>

<sup>132</sup> Schlange, Die Welternährungslage einst und jetzt, Rede am 15. 4. 1948 in Frankfurt, in: ders., Zu neuen Zielen, Frankfurt 1948, S. 5 ff.

<sup>133</sup> Wörtl. Bericht über die 4. VV-WR, 4. 9. 1947, S. 79.

<sup>134</sup> Ein wichtiger Beleg dafür ist – neben Schlanges Gesetzgebungsinitiativen zur Verbesserung von Erzeugung, Erfassung und Verteilung – die Verabschiedung des sog. „Speisekammergesetzes“ im Januar 1948 (Wörtl. Bericht, 10. VV-WR, 21./23. 1. 1948, S. 270 ff.).

<sup>135</sup> Schlange, Versuch einer Gesamtkonzeption des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft, 17. 10. 1947 (BA Z 6 I/202, fol. 104).

Wenn also das britisch-amerikanische Eigeninteresse mit dem deutschen letztlich identisch ist, dann spricht Schlange nicht nur im deutschen Interesse, wenn er die alliierte Politik in der deutschen Öffentlichkeit verteidigt, sondern auch, wenn er sie – mitunter schonungslos – kritisiert. So scheut er sich nicht, ständig auf die Widersprüchlichkeiten der Besatzungspolitik aufmerksam zu machen. Einerseits forderten die Militärregierungen die Deutschen zu größerer Eigenanstrengung auf, andererseits verhinderten sie die Schaffung der zur Ankurbelung der landwirtschaftlichen Erzeugung unerläßlichen Voraussetzungen; einerseits gebe man den Deutschen mit „Revidiertem Industriepan“ und Marshallplan „wie ein Licht in finsterner Nacht“ Hoffnung auf Hilfe, andererseits betreibe man Demontagepolitik<sup>136</sup>; einerseits übertrage man den Deutschen offiziell die Verantwortung für ihre Wirtschaftspolitik, andererseits verweigere man ihnen die zur effektiven Durchführung notwendigen institutionellen Voraussetzungen und beschneide ihren ernährungspolitischen Handlungsspielraum auf ein völlig unzulängliches Maß<sup>137</sup>.

Als widersprüchlich muß gerade Schlange zumindest bis in den Herbst 1947 hinein auch die alliierte Importpolitik empfinden, die der deutschen Ernährungsverwaltung keine verlässliche Planung ermöglicht und die immer wieder dazu führt, daß gegebene Versprechen für Rationserhöhungen nicht eingehalten werden können, wofür die deutsche Verwaltung gleichwohl verantwortlich gemacht wird. Schlange mahnt im November 1947, nach der Veröffentlichung der Demontageliste, ein weiteres Mal:

„Apathisch lebt das Volk dahin . . . Wie lange wird es noch dauern, und die dumpfe Stimmung der Massen macht sich in törichten Verzweiflungsausbrüchen Luft? Das wäre dann das Ende. Und eine weitere Gefahr: Verlieren nicht die vielen Gutwilligen, die heute an führender Stelle stehen und sich redlich bemühen, das Volk auf dem Wege zu einer friedlichen Demokratie zu führen, jeden Kredit und Einfluß beim Volke? Wie lange werden sie sich noch mit Erfolg der Fieberkurve des Radikalismus entgegenstemmen können?“<sup>138</sup>

Da Schlange das Vertrauen der Militärregierungen besitzt, kann er derartige Kritik, die Robertson und insbesondere Clay im Grundsatz als zutreffend empfinden müssen, auch öffentlich vortragen; vor allem aber ist er auch deshalb dazu legitimiert, weil er am nachdrücklichsten von allen Frankfurter Politikern für die Schaffung jener Voraussetzungen kämpft, die er zusammen mit den Militärregierungen für die Realisierung eines umfassenden Sanierungsprogramms für unerläßlich hält. So bemüht er sich auch gegenüber der deutschen Bevölkerung darum, durch ständige Appelle wie durch seine praktische Ernährungspolitik die infolge der Krise unumgänglichen Spannungen einzudämmen. Seiner Ansicht nach kann einer krisenbedingten innerpolitischen Radikalisierung nur entgegengewirkt werden mit Hilfe eines entschiedenen „Notzentralismus“, der wenigstens einen groben Ausgleich der strukturbedingten Er-

<sup>136</sup> Schlange, Die Demontage der deutschen Hoffnung, 3. 11. 1947; BA Z 6 I/202, fol. 78, und VELF, Welche Schwierigkeiten . . . ? wie Anm. 129, S. 22.

<sup>137</sup> Ebenda, S. 4 f.

<sup>138</sup> Schlange, Demontage, wie Anm. 136, fol. 78.



nährungsunterschiede ermöglicht, gepaart mit einer permanenten appellativen Bemühung um Ansätze zu einem sozialen und politischen Ausgleich, zur Errichtung einer „Front der Vernünftigen“. Es bleibt Schlanges Grundüberzeugung, daß es in dieser Krisenzeit einer besonders stark zentralistisch organisierten Verwaltung bedarf, um die strukturell bedingten Versorgungsunterschiede im Interesse der Unterversorgten so weit wie möglich auszugleichen. Deshalb ist ein permanenter Konflikt mit den „Überschußländern“ programmiert, wenn der Ernährungsdirektor feststellt:

„Sollen wir vielleicht warten, bis vielköpfige Gremien der einzelnen Länder in Mehrheitsbeschlüssen erst entscheiden, mit welchen durchgreifenden Maßnahmen die dringende Gefahr gebannt werden kann? Nein, in heutiger Lage geht es nicht um Formen oder provinzielle Ambitionen, sondern um das Volk, und dieses Volk soll wissen, daß gewissenhaft, aber auch furchtlos alles Denkbare zur Besserung seiner Lage geschieht.“<sup>139</sup>

Da die Besatzungsmächte nicht bereit sind, die institutionellen Voraussetzungen für ausreichende Kompetenzen der Zentralverwaltung gegenüber den Ländern herzustellen, stellt der „übergabietliche Ausgleich“ für die bizonale Ernährungsverwaltung ein unlösbares Problem dar. Schon im Frühjahr 1947, noch greifbarer aber im „Kartoffelkrieg“ vom Herbst 1947 und auch später mehrfach noch wird deutlich, daß die Zentralverwaltung vor allem aufgrund des Fehlens eigener Exekutivorgane den Ländern gegenüber ohnmächtig bleibt. Der krisenbedingte Grundwiderspruch ist unaufhebbar:

„Es liegt im Wesen jedes Staates, daß er seine Interessen verfolgt. Dementsprechend ist auch die Politik der Länderminister von den besonderen Interessen des Landes beherrscht. Diese Sonder-Interessen stehen oft im Widerspruch zu den Interessen der Versorgung des vereinigten Wirtschaftsgebietes.“<sup>140</sup>

Die direkte Folge dieses Scheiterns eines „Notzentrismus“ ist, daß die Versorgung des Ruhrgebietes mit allen negativen wirtschaftlichen und politischen Implikationen stets schlechter als ohnehin unvermeidlich ausfällt, bis Anfang 1948 die Militärregierungen diese Frage durch die Durchsetzung eines eigenen Kontroll- und Sanktionensystems weitgehend lösen. Darüber hinaus aber wird der Verfall staatlicher Autorität, besonders greifbar in der Auflösung des Bewirtschaftungssystems, entscheidend gefördert, bleiben doch den Frankfurter Institutionen auf einem besonders wichtigen Feld die Handlungsmöglichkeiten weitgehend genommen. Da die bizonale Verwaltung und der Wirtschaftsrat auf die Beseitigung der politischen Strukturdefekte keinen direkten Einfluß nehmen können, so daß ihr Handlungsspielraum gegenüber den Ländern unverändert gering bleibt, besitzt Schlange nur die Möglichkeit, an Überschuß- wie Defizitländern, an Produzenten wie Konsumenten, an Gewerkschaften und Parteien zu appellieren, durch ihr Verhalten dazu beizutragen, daß die Ernährungspolitik nicht noch stärker zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wird, die seiner Ansicht nach in eine Katastrophe führen müssen. Deshalb versucht er,

<sup>139</sup> Schlange, Rede zum Erntedankfest, wie Anm. 116, fol. 52.

<sup>140</sup> VELF, Welche Schwierigkeiten . . . ? wie Anm. 129.

sein Konzept der „Entpolitisierung“ des Ernährungsbereichs auch auf bizonaler Ebene fortzusetzen. Noch vor seiner Wahl zum VELF-Direktor erklärt er:

„Wenn Deutschland diese schwerste aller Zeiten überwinden will, dann gehört dazu noch eins: . . . Ich weiß, daß in einer Demokratie das Ringen um ideologische Grundsätze ein sehr gesundes Anzeichen für ein lebendiges und interessiertes Volk ist, aber man lasse die Dinge der Ernährung aus dem Parteienkampf heraus. Ich meine, solange unsere Situation so ernst ist, sollten die Parteien auf dem Ernährungsgebiet zu sachlicher Zusammenarbeit kommen. Sie mögen gewiß unser Amt mit aller Schärfe kritisieren, jeder Rat wird uns willkommen sein, aber für unsachliche Auseinandersetzungen eignet sich die Ernährungssituation heute nicht. Nur durch die Besonnenheit der führenden Konsumentenorganisationen ist es bisher gelungen, auch die schwerste Lage immer wieder zu meistern – möge uns diese Besonnenheit um Deutschlands willen nicht verloren gehen.“<sup>141</sup>

So bemüht sich der Ernährungsdirektor, zunächst nicht ohne Erfolg, darum, die im Frühjahr 1946 zur SPD geknüpften Kontakte auszubauen und insbesondere die Gewerkschaften zur Kooperation heranzuziehen. Dieses in Anbetracht der Lage des Frühjahrs 1947 und der in seiner Person liegenden Vorbelastungen<sup>142</sup> wenig aussichtsreich scheinende Angebot führt zwischen Frühjahr und Herbst 1947 immerhin dazu, daß zwischen DGB und Schlanges Amt ständige Kontakte institutionalisiert werden und die Gewerkschaftsführung seinen Aufklärungsbemühungen gegenüber erstaunliches Verständnis zeigt. Für kurze Zeit scheint es sogar möglich zu sein, in wichtigen ernährungspolitischen Fragen wie der Demokratisierung der Ernährungsverwaltung und der Neuordnung der Erfassung, in der Forderung nach Produktionssteigerung sowieso, eine Interessenidentität mit DGB und SPD aufrechtzuerhalten, zumal man sich in der Überzeugung einig weiß, daß es in der Ernährungspolitik nur eine „staatlich gelenkte Planwirtschaft“ geben darf<sup>143</sup>. Die Verschärfung der Verteilungskonflikte im Herbst 1947 und die von der VELF nicht zu verantwortenden Verzögerungen und Verwässerungen der geplanten Reformen entziehen dann zwar der begonnenen Kooperation sehr schnell wieder die Basis, doch kann man Schlange das Verdienst nicht absprechen, daß er alles unter den obwaltenden Umständen Mögliche getan hat, um bei der Gewerkschaftsführung durch Aufklärung über die eigentlichen Ursachen der Krise und ständige Appelle an ihre Besonnenheit und Verantwortlichkeit dazu beizutragen, daß es zumindest zu einem Stillhalten der Gewerkschaftsführung gegenüber der Frankfurter Ernährungsverwaltung kommt. Gestützt wird diese labile Beziehung insbesondere dadurch, daß Schlange – trotz heftigsten Widerstandes seiner eigenen Partei – bis zum Ende seiner Amstätigkeit an seinem sozialdemo-

<sup>141</sup> Schlange, Rundfunkansprache, Anfang Mai 1947 (BA Z 6 I/201, fol. 112).

<sup>142</sup> Wie sehr trotz Schlanges ernstgemeinter Kooperationsbereitschaft die Vorbehalte der SPD ihm gegenüber fort dauerten, belegt u. a. ein Brief von Fritz Heine (an Caspary, 27. 3. 1946; AdsD, J 26), in dem eingeräumt wird, daß Schlange „von den führenden Agrariern der modernste und wahrscheinlich der am wenigsten reaktionäre“ sei, daß er aber dennoch von weiten Kreisen der SPD – insbesondere wegen seiner inkonsequenten Entnazifizierung des Reichsnährstandes – weiterhin scharf abgelehnt werde.

<sup>143</sup> Schlange an Hollins, CCG/FAD, wie Anm. 99.

kratischen Stellvertreter Podeyn festhält und auch dadurch die im Wirtschaftsrat vertretenen Positionen so glaubwürdig macht, daß ihn die SPD in vielen Fragen unterstützen und bis zum Ende seiner Amtszeit in einer Art ernährungspolitischer „Großer Koalition“ tolerieren kann.

Schlange kann mit Genugtuung urteilen:

„Ich erkenne dankbar an, daß . . . die SPD meine Arbeit in sehr loyaler Weise unterstützt (hat). Wäre es anders gewesen, hätte ich namentlich die Lage in den Großstädten politisch überhaupt nicht durchhalten können.“<sup>144</sup>

Wie ernst es Schlange mit seinem Kooperationsangebot gegenüber SPD und DGB zwecks Milderung der sozialen Spannungen ist, beweist insbesondere seine Politik nach der Währungsreform, wo er gegen die Mehrheit der eigenen Koalition und gegen die massiven Interventionsversuche von Wirtschaft und Landwirtschaft durch seine mäßigende Preispolitik und seine erfolgreichen Bemühungen die Interessen der Verbraucher schützt. Allerdings sieht Schlange – und nicht erst seit der Währungsreform – sehr wohl die grundsätzliche Widersprüchlichkeit seiner Politik des bedingungslosen Festhaltens an der Zwangswirtschaft:

„Die politische Demokratie verkuppelt mit einem wirtschaftlichen Polizeistaat ist ein Widerspruch in sich selbst und wird dem Volk mehr und mehr zu einem verzerrten und unglaubhaften Götzenbild.“<sup>145</sup>

Ferner sieht er das ökonomische Dilemma, mit Zwang die Produktion sichern zu müssen, sie aber nicht steigern zu können. Doch auch in dieser Frage gibt es vor der Währungsreform keine Alternative zur Beibehaltung der Zwangswirtschaft; einerseits führe seiner Erkenntnis nach

„die mangelnde Wirkung jeden Appells an Verantwortungsbewußtsein und Moral und die immer fortschreitende Umgehung aller bisher getroffenen behördlichen Zwangsmaßnahmen zur Sicherung der Ernährung (in eine) so weit reichende Krise der Staatsautorität, daß am Ende einer solchen abgleitenden Entwicklung nur Hunger und politischer Radikalismus stehen können“<sup>146</sup>;

andererseits dürfe man aber trotz aller verstehbaren Anreize zur Illegalität nichts unversucht lassen, das Bewirtschaftungssystem so lange wie möglich, und sei es in seinen Resten, aufrechtzuerhalten, um somit wenigstens ein geringes Maß an sozialer Gerechtigkeit bewahren zu können. Nachhaltig unterstützt von den Besatzungsmächten hält er auch 1948/49 an der Bewirtschaftung der Grundnahrungsmittel fest und verhindert damit, daß es nur noch „Fleisch für Reiche und kein Fleisch für Arme“<sup>147</sup> gibt; ferner sorgt er dafür, daß nicht auch noch durch den allgemeinen „Faschingstaumel

<sup>144</sup> Schlange an Kriedemann, SPD, 13. 3. 1947 (BA Z 6 I/153, unfol.).

Vgl. auch Kriedemann an SPD-Bezirke, 6. 1. 1949 (AdsD, J 88), der Schlange bescheinigte, er habe „einige uns sehr weit entgegenkommende Vorstellungen von einer modernen Agrarpolitik“.

<sup>145</sup> Schlange, Rundfunkrede, 7. 5. 1948 (BA Z 6 I/204, fol. 15 f.).

<sup>146</sup> Schlange an Agartz, 28. 9. 1946 (BA Z 6 I/65, fol. 45 R.).

<sup>147</sup> Schlange, Selbstporträt, in: SPIEGEL, November 1948 (BA Z 6 I/205, fol. 220).

der Preise“ von dieser Seite her die Versorgung der Verbrauchermassen in Frage gestellt wird.

Zugleich aber propagiert er in klarer Kontinuität seiner seit Ende 1945 entwickelten Grundsätze, seit der Währungsreform freilich in scharfer Auseinandersetzung mit Wirtschaftsdirektor Erhard und den ihn stützenden Kreisen der CDU/CSU, eine Politik, die zwar auf gesamtwirtschaftliche Liberalisierung zielt, für den Ernährungsbereich jedoch die „Rückkehr zum sogenannten freien Spiel der Kräfte, das nur zu oft die garantierte Ellbogenfreiheit für den Rücksichtslosen bedeutet“, ausschließt. Die oberste Maxime müsse sein:

„Ich bekenne mich dazu, . . ., daß jede wirtschaftspolitische Maßnahme nicht nur Rücksicht nehmen, sondern direkt abgestellt sein muß auf die tiefe soziale Not der breiten Massen. Darum müssen wir an die Stelle der erstickenden Zwangswirtschaft eine planvolle Steuerung der Gütererzeugung und Güterbewegung setzen, die dort ihre Grenze findet, wo die Initiative der anständigen und schöpferischen Persönlichkeit beeinträchtigt wird.“<sup>148</sup>

Einen ersten Ansatz, die bloß restriktive Politik des Festhaltens an der Nahrungsmittelbewirtschaftung zu überwinden und die Landwirtschaft sich von der Zwangswirtschaft zu einer solcher Art sozialverpflichteten planvollen Wirtschaft entwickeln zu lassen, stellt die seit Herbst 1947 erprobte Neuordnung der Erfassung auf der Grundlage des sogenannten Getreidewertschemas dar<sup>149</sup>; Schlange scheitert freilich sehr rasch am Widerstand einiger Länder wie Vertretern des Neoliberalismus in den bürgerlichen Parteien und im DBV und an der Verzögerungstaktik der amerikanischen Militärregierung.

Auch andere von Schlange im Wirtschaftsrat eingeleitete Initiativen im Sinne einer Verbesserung der Erfassung und Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion aus eigener Kraft müssen vor der Währungsreform weitgehend ohne sichtbare Erfolge bleiben, denn erst seit Sommer 1948 tritt eine ganz allmähliche Verbesserung der Betriebsmittelsituation als Folge der veränderten Rahmenbedingungen ein. Dennoch wird Schlange nicht müde, seit dem Frühjahr 1947 für die Ziele seines umfassenden Agrarprogramms einzutreten, das zugleich „ein Programm des sozialen Friedens in Deutschland“<sup>150</sup> sein müsse. Während die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen weitgehend durch die im Long-Term-Plan festgeschriebene alliierte Hilfe realisiert werden<sup>151</sup>, schafft Schlange selbst mit dem Flüchtlingssiedlungsgesetz (10. 8. 1949)<sup>152</sup>

<sup>148</sup> Wie Anm. 145.

<sup>149</sup> Schlange, Vor neuen Wegen, in: Ernährungsdienst 3 (1948) (BA Z 6 I/203, fol. 21).

<sup>150</sup> 11. ZB-Sitzung, 29./30. 4. 1947 (AVBRD 2, S. 372). Vgl. auch die Denkschrift der VELD, Möglichkeiten landwirtschaftlicher Erzeugungssteigerung (Dezember 1947), Hamburg 1948.

<sup>151</sup> Die Voraussetzung für den Aufbau einer produktiven und rentablen Veredelungswirtschaft wurde durch die Ende 1948 einsetzenden hohen alliierten Futter- und Betriebsmittelimporte geschaffen, die im Rahmen des ERP (und seiner Vorläufer) finanziert wurden.

<sup>152</sup> Gesetz zur Förderung der Eingliederung von Heimatvertriebenen in die Landwirtschaft (Flüchtlingssiedlungsgesetz), 10. 8. 1949 (WiGBl. 1949, S. 231).

und dem allerdings erst 1953 verkündeten Gesetz zur Flurbereinigung<sup>153</sup> wichtige strukturelle Voraussetzungen zur Verbesserung der Produktion.

Die Antwort auf die Frage, worin die eigentliche Leistung Schlanges im „Kampf gegen den Hunger“ zu sehen ist, deutet der Ernährungsdirektor zu einem guten Teil selbst an, als er – angesichts eines drohenden Mißtrauensvotums seiner eigenen Partei – Ende 1948 vor dem Wirtschaftsrat erklärt:

„Ich habe in diesen . . . Jahren dagestanden für die Ärmsten der Armen, für die Menschen, die in dunklen Kellern hungernd und frierend lebten. Es wird der Stolz meines Lebens bleiben, daß ich es getan habe und daß ich eine Kleinigkeit wenigstens dazu beitragen konnte, daß sie diese Zeit überstanden.“<sup>154</sup>

In der Tat ist Schlange seinem Credo einer sozial verpflichteten Ernährungspolitik während seiner Arbeit als verantwortlicher deutscher Verwaltungschef konsequent gefolgt. Obwohl die Handlungsspielräume gerade in der Ernährungspolitik als Folge der alliierten Restriktionen und angesichts des kaum vorstellbaren Mangels äußerst eng waren, hatten sein Krisenmanagement und sein politisches Engagement einen beträchtlichen, wenngleich für die Zeitgenossen schwer wahrnehmbaren Anteil daran, daß die deutsche Bevölkerung der Westzonen, obwohl sie hungern mußte, nicht letztlich doch in größerer Zahl verhungerte. Sein Verdienst besteht sicher auch darin, sehr schnell unter widrigsten Umständen eine Verwaltung aufgebaut zu haben, die trotz ihrer Schwächen und vielfachen Niederlagen ein Minimum an Verteilungsgerechtigkeit auch in der schärfsten Krisensituation aufrechterhielt, bedeutsamer aber wohl darf man sein appellatives Vermögen einschätzen, dank dessen es ihm gelang, wenn schon nicht die hungernden Massen zu beruhigen, so doch die großen politischen Gruppen zu einem ernährungspolitischen „Burgfrieden“ zu bewegen, vor allem aber bei den Militärregierungen sowohl Vertrauen in die Opferbereitschaft der Bevölkerung und in die Verlässlichkeit der deutschen Politik zu wecken als auch wachsendes Verständnis für die deutschen Interessen zu vermitteln.

Intensiv und leidenschaftlich wie kaum ein anderer in der Verantwortung stehender Politiker dieser Jahre hat sich Schlange darum bemüht, mit einer Fülle von Interviews, Reden und Presseartikeln an die Durchhaltebereitschaft der Bevölkerung zu appellieren. Trotz vielfacher pathetischer Übertreibungen, zu denen der Redner Schlange seit jeher neigte – er trifft fast immer den Ton, mit dem die Hungernden kurzfristig zu erreichen sind: auf der Gewerkschaftsversammlung wie gegenüber den Standesgenossen. Immer wieder argumentiert er mit einem für die Zeitgenossen schwer verständlichen, letztlich aber durchaus realitätsnahen Optimismus dahingehend, daß es jetzt nur noch *einer letzten* Anstrengung bedürfe, um dann das Schlimm-

<sup>153</sup> Ein Gesetz zur Flurbereinigung wurde noch vom Wirtschaftsrat am 24. 6. 1949 verabschiedet, dann jedoch von der Alliierten Hohen Kommission in die Kompetenz des Bundes verwiesen. So wurde das Gesetz erst am 14. 7. 1953 verkündet und trat zum 1. 1. 1954 in Kraft (BGBl. 1953 I, Nr. 37, S. 591).

<sup>154</sup> Wörtl. Bericht über die 27. VV-WR, 3. 12. 1948, S. 1224.



ste überwunden zu haben. Vor allem aber hebt er darauf ab, die Leistungen der Hungernden selbst zu betonen:

„Ich werde mich mein Leben lang mit Schrecken dieses Frühjahrs entsinnen, wo, glaube ich, vor der ganzen Welt das deutsche Volk den Nachweis erbracht hat, nicht daß es sich selbst bemitleidet, . . ., sondern daß es eine Leidensfähigkeit bewiesen hat, eine Ruhe und eine Haltung, an der sich mindestens andere Völker hätten ein Beispiel nehmen können.“<sup>155</sup>

Diese mitunter nationalistischen Töne werden durchaus auch von den Militärregierungen akzeptiert und verstanden, wenn er, so schwer es ihm fällt<sup>156</sup>, „mit der ganzen Offenheit eines Deutschen . . ., der für sein Vaterland spricht“<sup>157</sup>, ihnen gegenübertritt, ein Bettler letztlich, dessen Würde dennoch imponiert. Ihn trägt das durch die Krisenerfahrung gestärkte Selbstwertgefühl eines Patrioten, das er seinen Zuhörern und Lesern immer wieder zu vermitteln sucht:

„Wir haben die bisher gefährlichste Lage überstanden, wenn auch mit grausamen Verlusten: . . . Und in dieser Zeit der tiefsten Erniedrigung haben wir ein Recht, mit jenem Stolz, den auch der Unglückliche nicht verlieren darf, vor aller Welt festzustellen: Dies Deutschland ist eben doch ein Qualitätsvolk, trotz aller Schuldfragen und Vorwürfe!“<sup>158</sup>

Was andere als Apathie und Demoralisierung der Bevölkerung werten mochten, wird von Schlange als Leistung interpretiert, mit der die von den Militärregierungen geforderte Rehabilitierung nachgewiesen sei:

„Die Führer aller politischen und wirtschaftlichen Organisationen ohne Ausnahme haben einen so hohen Grad von Einsicht in die von dem Explosivstoff der Not erfüllte deutsche Lage erwiesen, daß niemand aus Agitationsgründen die Lunte an das Pulverfaß legte, das unsere letzten Lebensreste in die Luft gesprengt haben würde – ein lebendiger Appell an das oft verhöhnte und hoffentlich dennoch vorhandene Weltgewissen, daß hier ein tiefgebeugtes Volk buchstäblich fast jenseits der Grenze des Ertragens in harter Arbeit und fester Selbstdisziplin einen friedlichen Ausweg sucht.“<sup>159</sup>

Schlanges Selbstwertgefühl, das nicht zuletzt aus dieser – tendenziell verklärenden – Interpretation des Verhaltens jener Hungernden resultiert, denen er sich in seiner Arbeit besonders verantwortlich fühlt, verleiht ihm einen beachtlichen Mut zur Unpopularität. Er fühlt sich legitimiert für seinen Anspruch, sein Amt in der Erkenntnis des politischen, ja „nationalen“ Gehaltes der Ernährungsproblematik „über den Parteien“, „unpolitisch“ auszuüben. So bleibt er schließlich für den politischen „Gegner“ glaubwürdiger als für die eigene Partei und die eigenen Standesgenossen.

<sup>155</sup> Schlange, Betrachtungen zur Ernährungslage, in: Rhein-Echo, 1.7. 1947 (BA Z 6 I/202, fol. 140 ff.). Fast gleichlautend u. a. seine Rede vor dem Wirtschaftsrat, 4./5. 9. 1947 (Wörtl. Bericht über die 4. VV-WR, S. 79 f.).

<sup>156</sup> „Es gehört fürwahr zu den schwersten Pflichten meines Amtes, täglich als Bettler vor unseren Siegern zu stehen, um das Nötigste für die Ernährung unserer Bevölkerung herauszuholen.“ (Redenotizen, 26. 11. 1948) (BA Z 6 I/205, fol. 183).

<sup>157</sup> Schlange, 9. ZB-Sitzung, 27.–29. 11. 1946, TOP.204 (BA Z 2/55, fol. 37).

<sup>158</sup> Schlange, Rede zum Erntedankfest 1946, wie Anm. 116, fol. 49.

<sup>159</sup> Ebenda, fol. 50.

Verglichen mit seiner „historischen Leistung“, zur Überwindung der Hungerkrise dadurch beigetragen zu haben, daß er stets den *Anspruch* der hungernden Verbraucher über die partikularen Interessen der Länder wie der Erzeuger, also seiner eigenen Standesgenossen, stellt und daß er zugleich erfolgreiche Überzeugungsarbeit gegenüber den Militärregierungen leistet, bleiben seine konkreten ernährungspolitischen *Erfolge* höchst begrenzt; in wichtigen Fragen scheitert er, muß er scheitern. Bevormundet von den Alliierten und eingeengt durch eine für die Krisenbekämpfung ungeeignete Verfassungskonstruktion kann er sich im Verteilungskonflikt mit den Ländern nicht durchsetzen; mit seinem Engagement für die Verbraucherinteressen, das bald auf immer heftigeren Widerstand der Produzenten stößt, vermag er nur eine noch stärkere Verschlechterung ihrer Lage zu vermeiden. So sitzt er letztlich zwischen vielen Stühlen: die nach wie vor hungernden Großstädter streiken und demonstrieren gegen ihn und seine Verwaltung, die Landwirte pfeifen ihn aus und bezichtigen ihn des Standesverrats. Schlange wertet diese Reaktionen mit einigem Recht als Beweis für die Richtigkeit seiner Ernährungspolitik:

„Ich habe ständig im Kreuzfeuer der Kritik gestanden . . . Und ich habe diese Kritik sehr aufmerksam beobachtet und darauf geachtet, ob sie auch wirklich von allen Seiten kam. Denn sobald sie von irgendeiner Seite ausblieb, wußte ich, daß ich von dem schmalen Wege abgewichen war, der zum Ausgleich der Interessen *aller* beteiligten Kreise führt. Man kann nämlich in solchen Notzeiten ein so schwieriges Amt gar nicht führen, ohne dauernd bald diesem, bald jenem weh zu tun. Ich sage immer, ich mußte dem einen, dem Bauern zu viel nehmen, und konnte doch den anderen, den Verbrauchern, nie genug geben. Aber ich konnte doch dafür sorgen, daß das wenige, was wir hatten, gerecht unter *alle* verteilt wurde. Und es ist der Stolz meines Lebens, daß mir das gelungen ist.“<sup>160</sup>

Schlanges konsequentes Festhalten an der Bewirtschaftung führt erst nach der Währungsreform aufgrund der enormen Importsteigerung dazu, daß sich die Versorgung der Masse der Verbraucher vorübergehend auf einem relativ mäßig gestiegenen Preisniveau stabilisiert. Da diese Politik ihn freilich in immer schrofferen Gegensatz zu den Produzenten und deren Verbands- und Parteivertretern bringt, fehlt ihm 1949 schließlich jede Basis für die Weiterverfolgung seiner politischen Ambitionen und die Realisierung seines ernährungs- und agrarpolitischen Konzeptes; lediglich Ansätze können von ihm noch verwirklicht werden.

Dabei zeichnet ihn eines gegenüber seinen Widersachern in den eigenen Reihen aus: Er besitzt – früher als jeder andere – ein *Gesamtkonzept*, das in seinen Grundzügen seit Ende 1946 festliegt und in dem der Versuch unternommen wird, kurzfristige Krisenbekämpfungspolitik und langfristige Agrarpolitik dergestalt miteinander zu verknüpfen, daß Verbraucherschutz und Produzenteninteresse in einem für wandelbar gehaltenen gesamtwirtschaftlichen Rahmen gleichgewichtig berücksichtigt werden sollen. Diese Konzeption wurzelt in Schlanges schon seit Anfang der dreißiger Jahre vertretenem Grundsatz, daß „erfolgreiche Agrarpolitik nur in erfolgreicher

<sup>160</sup> Schlange, Rede zur Hundertjahrfeier der Kölner Bäckerinnung, 4. 8. 1949 (BA Z 6 I/208, unfol.).

Konsumentenpolitik“ bestehen könne<sup>161</sup>. Das von ihm seit Herbst 1946 geforderte und im Sommer 1947 mitformulierte Konzept eines Krisenmanagements geht von dem Grundaxiom aus, daß, da Ernährung, Kohlenförderung und Transport die jeweils einander bedingenden Grundfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung seien, mit alliierter Kredit- und Nahrungsmittelhilfe als erstes die Ernährung so weit verbessert werden müsse, daß damit die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung, zunächst der Bergarbeiter, und allmählich die industrielle und landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden könne; so sei die volle Produktionsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft binnen fünf Jahren herstellbar. Die vom Ernährungssektor ausgehende Initialzündung werde infolge der steigenden Kohleproduktion den entscheidenden Impuls für die Eisen- und Stahlindustrie, eine exportorientierte Veredelungsindustrie und den beginnenden Wohnungsbau geben, so daß in relativ kurzer Zeit ein großer Teil der gewährten Kredite zurückgezahlt werden könne<sup>162</sup>.

Schlange ist dabei durchaus schon klar, daß der Landwirtschaft in diesem Konzept zwar zunächst eine besonders wichtige und förderungswürdige Rolle zukommt, daß sie aber nach angelaufener industrieller Produktion und zunehmendem Hereinwachsen der deutschen Wirtschaft in ein Weltwirtschaftssystem eine ganz neue Funktionsdefinition erfahren muß. Deshalb soll eine umfassende Modernisierung (Intensivierung, Technisierung, Konservierung; Flüchtlingsansiedlung, Flurbereinigung) die Landwirtschaft zu einer erheblichen Steigerung nicht nur ihrer Vorkriegsleistungsfähigkeit befähigen; insbesondere durch ihre Umstellung auf hochwertige Veredelungsproduktion muß sie – in Orientierung an die von den Amerikanern definierten welt-agrarwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – international konkurrenzfähig werden. Die notwendigen Eingriffe in die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse ließen sich nach Schlanges Überzeugung bei aller erstrebenswerten Liberalisierung nur durch staatliche Planung einleiten (Leistungsanreize und Ansätze zur Produktionslenkung durch das Getreidewertsystem); ferner müsse der Staat auch Einfluß auf eine soziale Preisgestaltung wie auf die Absatzregelung nehmen, um auf die Rentabilität der Landwirtschaft *und* ein tragbares Lebenshaltungskostenniveau hinzuwirken<sup>163</sup>. Dabei geht es Schlange immer darum, deutlich zu machen, daß die landwirtschaftlichen Produzenten, da sie ein Erzeugungsmonopol hätten, in eine Wirtschaftsordnung eingebunden werden müßten, die sich in allen ihren Bereichen, also auch dem

<sup>161</sup> Schlange an Adenauer, 29. 8. 1949 (BA NL Schlange, Nr. 11). Ähnliche Grundsätze hatte Schlange bereits in seinem Aufsatz „Arbeiternot ist Bauertod“, in: Frankfurter Zeitung, 25. 12. 1932, Nr. 462 (BA NL Schlange, Nr. 40) formuliert; vgl. auch „Am Tage danach“, S. 23 f.

<sup>162</sup> Bis zum Frühsommer 1947 vertraten die Alliierten das genau gegenteilige Konzept, indem sie die Kohleproduktion zum Ausgangspunkt des wirtschaftlichen Aufbaus zu machen versuchten; trotz mannigfacher Anreizprogramme gelang es ihnen jedoch nicht, die gesteckten Produktionsziele auch nur annähernd zu erreichen.

<sup>163</sup> Schlange, Versuch einer Gesamtkonzeption des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft, 17. 10. 1947 (BA Z 6 I/202, fol. 105–107).

der Landwirtschaft, an dem Ziel einer angemessenen Versorgung der Gesamtheit orientieren müsse<sup>164</sup>.

Schlange gewinnt also über seine Leistungen im Krisenmanagement hinaus politisches Gewicht durch seine frühzeitig deutlich werdende Bemühung um eine wirtschaftliche Gesamtsicht, die nicht bei den Erfordernissen der Krisenbekämpfung stehenbleibt, sondern sich immer auch um den Entwurf einer künftigen agrarpolitischen Ordnung bemüht; alle Überlegungen aber sind so dezidiert an der Forderung sozialer Gerechtigkeit und der Priorität der Konsumentenbedürfnisse orientiert, daß dies von einer klaren Mehrheit innerhalb der CDU/CSU und der Bauernverbände als unerträglich empfunden wird. Gerade an den sozialen Komponenten seiner Konzeption hat Schlange auch dann noch und gerade dann festgehalten, als immer deutlicher wurde, daß der Einfluß seiner Gegner so groß geworden war, daß ihm keine Chance bleiben würde, im ersten Bundeskabinett für die Durchsetzung seiner agrarpolitischen Gesamtkonzeption eintreten zu können<sup>165</sup>.

Schlange betont zudem stets die politischen Implikationen der Ernährungskrise – entsprechend seinem eigenen Anspruch, nicht nur als Ernährungsfachmann, sondern stets als Politiker zu handeln. Hier allerdings muß Kritik ansetzen und auf die Begrenztheit seiner Perspektive hingewiesen werden. Wohl war die Ernährung von allen ökonomischen Bereichen jener Sektor, in dem ein Plädoyer für eine „Entpolitisierung“ im Zeichen der Krise am ehesten Zustimmung finden konnte und in dem die Forderung nach „Überparteilichkeit“ in der Tat kurzfristig zu einem gewissen Ausgleich sozialer Spannungen beitragen mochte; doch verdeckte die von Schlange scheinbar überzeugend begründete Entpolitisierungformel die auch und gerade im Agrarsektor nach wie vor vorhandenen soziostrukturell bedingten Interessengegensätze: Aufgrund der fortbestehenden Unterschiede an ökonomischem Potential und politischen Einflußmöglichkeiten festigten sich im Verlauf der Krise die politischen Machtpositionen des größeren Agrarbesitzes und seiner Interessenvertreter. Hatte Schlange noch im April 1946 die Gründung eines landwirtschaftlichen Berufsverbandes gefordert, der Mitglieder *aller* Parteien umfassen müsse und „in demokratischem Sinne die landwirtschaftlichen Interessen zu vertreten und zu fördern, sich aber als Organisation aus der Politik fernzuhalten habe“<sup>166</sup>, so erwies sich die „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bauernverbände“ sofort nach ihrer Gründung im Oktober 1946 als ein politisch sehr aktiver Interessenverband, der sich personell wie programmatisch ausschließlich den bürgerlichen Parteien verbunden fühlte und auf deren Politik energischen Einfluß nahm, nicht zuletzt, um die Ernennung Schlanges zum Minister zu verhindern.

Schlanges Scheitern und, wenn man so will, eine gewisse persönliche Tragik liegen

<sup>164</sup> Redenotizen, wie Anm. 156, fol. 180.

Allerdings war sich Schlange mit den Agrarexperten *aller* Parteien in der Überzeugung einig, daß die Landwirtschaft – in Anknüpfung an die 1930/31 entworfene Politik – in ein schützendes System von „Marktordnungen“ eingebettet sein müsse.

<sup>165</sup> Schlange an Adenauer, wie Anm. 161.

<sup>166</sup> ZEL-Vermerk, 8. 4. 1946 (BA Z 6 I/177, fol. 77).

zu einem großen Maße darin begründet, daß er aufgrund des von allen Gruppen für unabweisbar gehaltenen Sachzwangs zur Bekämpfung der Ernährungskrise sein als „überparteilich“ verstandenes Engagement für eine sozial gebundene Ernährungspolitik nur rein pragmatisch zu begründen, nicht aber politisch abzusichern vermochte. Sein Konzept, in dem die gesamtgesellschaftliche Fortexistenz von „Klassengegensätzen“ auch in der „Zusammenbruchgesellschaft“ von 1945 übersehen wurde, mußte letztlich in seinem Anspruch auf Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit begrenzt und insofern inkonsequent bleiben, als es z. B. auch nicht einmal ansatzweise auf eine *Veränderung* der tradierten agrarischen Eigentums- und Sozialverfassung abzielte; die Folge dieser Halbherzigkeit war, daß Schlange schließlich nirgends eine ausreichende Unterstützung für seine Politik fand: weder bei seinen „Klassengenossen“, die ihn – wie schon, wenn auch unter anderen Vorzeichen, 1930–1932 – erbittert bekämpften, noch bei jenen Schichten, für deren Interessen er vorrangig einzutreten verkündete, ohne daß dieser Anspruch dort – aus biographischen wie aus sozialpsychologischen Gründen – eine breite Resonanz fand.

Aber auch in seinem Scheitern bewies Schlange, der seine agrarpolitische Konzeption nach 1948, wenn überhaupt, nur in einer „Großen Koalition“ hätte durchsetzen können, eine hochgradige Unabhängigkeit, als er Adenauer, der durchaus bereit schien, ihn als Minister gegen massive Widerstände durchzusetzen, den Verzicht von sich aus anbot; auch hier zeigte er die auffallende Fähigkeit, an einem einmal als richtig erkannten Konzept aus sachlichen und moralischen Erwägungen heraus unter allen Umständen festzuhalten. Diese Einstellung, die es ihm ermöglichte, jahrelang unter den widrigsten Umständen gegenüber einer Woge der Feindseligkeit das wichtigste und unpopulärste Ressort zu verwalten, und der durch das in diesem Kampf gewonnene unerschütterliche Selbstwertgefühl geprägte Umgang mit seiner Partei führten ihn aufs politische Abstellgleis, nachdem der Höhepunkt der Krise überwunden war; diese Disposition ließ ihn aber dennoch seine eigenen politischen Zukunftschancen übertrieben positiv einschätzen. Obwohl sich Schlange im Frühjahr 1948 nach dem Scheitern seiner Kandidatur zum Oberdirektor und im Sommer 1948 nach dem Übergang der innenpolitischen Initiative an die Ministerpräsidenten und Parteiführer politisch „abgehängt“ fühlte und sich erst recht im Spätsommer 1949, als er nicht nur auf ein Ministeramt verzichtete, sondern auch mit seiner durchaus nicht chancenlosen Kandidatur zum Bundespräsidenten<sup>167</sup> ohne Erfolg blieb, um ein von ihm ersehntes hohes Staatsamt gebracht sah, gab er zu keinem Zeitpunkt, nicht einmal nach seinem Ausscheiden aus der aktiven westdeutschen Politik und nach Übernahme einer diplomatischen Vertretung<sup>168</sup>, seine Hoffnung auf ein glanzvolles politi-

<sup>167</sup> Zu Schlanges Bewerbung um die Kandidatur zum Bundespräsidenten vgl. Udo Wengst, *Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1984, S. 122 f.

<sup>168</sup> Auch hier blieb Schlange mit der Übernahme des Konsulats in London im Frühjahr 1950 nur seine „zweite Wahl“; die Übernahme des entsprechenden Postens in Washington scheiterte in allerletzter Minute aufgrund von Presseartikeln in den USA, in denen ihm – fälschlich! – Vorwürfe hinsichtlich seiner politischen Vergangenheit in der Weimarer Republik gemacht wurden.



ches Comeback auf, das ihn nochmals, wie schon während der Ernährungskrise, zum „Retter des deutschen Volkes“ machen sollte<sup>169</sup>.

Obwohl Schlange für sein agrarpolitisches Konzept keine Mehrheiten gewinnen konnte, obwohl sein Griff nach einer staatlichen Führungsposition immer wieder mißlang und ihm nicht einmal breitere öffentliche Anerkennung zuteil wurde<sup>170</sup>, bleibt er ein Politiker beachtlichen Formats: die Behauptung eines konkreten Anspruchs auf soziale Gerechtigkeit als obersten Maßstab für die „Verwaltung des Mangels“, die Fähigkeit zur politischen Gesamtschau, zu einem Zeitpunkt, als noch kaum jemand die Konturen künftiger Entwicklungen im allgemeinen Chaos zu erkennen vermochte, sein Gespür für die Interessenlage und Handlungsmöglichkeiten derer, mit denen er in der Krise umzugehen hatte und von denen vieles abhing, seine ausgeprägte Verantwortungs- und Handlungsbereitschaft, bei hohem Mut zur Unpopularität gerade in Krisensituationen und vor allem seine rhetorischen Fähigkeiten und seine – trotz aller Bereitschaft zur sich selbst verleugnenden Anpassung – imponierende persönliche Integrität und Würde, machen ihn, glaubwürdig auch in der totalen Abhängigkeit und in der politischen Niederlage, trotz aller Begrenztheiten seines politischen Denkansatzes wohl zu *dem* herausragenden Politiker innerhalb der Frankfurter Verwaltung; ihm ist auf deutscher Seite ein entscheidender Anteil am Überleben in der Krise zuzumessen. Die hochgreifende Formulierung seines eigenen Amtes übertreibt nur im Ton, kaum in der Sache:

„Die Wiederherstellung der Ordnung in der Ernährungswirtschaft und die Ernährungspolitik der letzten vier Jahre haben . . . nicht nur Tausenden von Deutschen das Leben gerettet, sondern auch der staatlichen Einheit den ersten großen Dienst erwiesen, sie ist ein Stück nationaler Politik und wahrer sozialer Tat.“<sup>171</sup>

<sup>169</sup> Bezeichnend – wenn auch überzeichnend – ist dafür die Einschätzung seines langjährigen politischen Wegbegleiters Passarge, der Ostern 1948 in seinem Tagebuch notierte: „Er glaubt an sich wie der gläubige Katholik an die heilige Jungfrau. Er glaubt sich vor allen anderen berufen, dieses Volk zu führen, aus dem Strudel zu retten. Das Volk in seiner Not, die Menschen in ihrer Hilflosigkeit sind ihm dabei nur Werkzeug, Mittel für die Kunst seiner Führung, für die weiß Gott von wem, von welcher transzendenten Kraft übertragene Mission“ (BA NL Passarge, Nr. 10, fol. 75).

Aufschlußreich für Schlanges fortdauernde Ambitionen ist insbesondere der Briefwechsel mit Passarge Anfang der 1950er Jahre (BA NL Schlange, Nr. 14).

<sup>170</sup> Außer einem relativ zurückhaltenden Lob der Militärregierungen im Frühjahr 1948 erhielt Schlange praktisch kaum öffentliche Anerkennung; bezeichnend ist, daß die CDU im Bundestagswahlkampf 1949 seine Arbeit so gut wie gar nicht herausstellte.

<sup>171</sup> VEF, Die Überwindung des Hungers, Frankfurt 1949, S. 12.